Volksstimme

Einzelpreis 25 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur Emil Müller, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Sindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Münzstraße 2. — Fernsprechanschlüsse: Für Inserate 1567, für die Redaktion 1794, für den Verlag u. die Druckerei 961. Postzeitungsliste 1. Nachtrag, Seite 17.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschl. Zustellung 12.00 Mk., monatlich 4.00 Mk. Beim Abholen vom Verlag und den Ausgabestellen vierteljährlich 11.55 Mk., monatlich 3.85 Mk. Bei den Postanstalten viertelj. 12.00 Mk., monatl. 4.00 Mk. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 25 Pf. — Anzeigengebühr: die 6gespaltene Nonpareillezeile 1.00 Mk., im Reklameteil Zeile 3.50 Mk., Vereinskalender Zeile 50 Pf. Anzeigen-Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postscheckkonto: Nr. 5258 Berlin.

Nr. 149. Magdeburg, Dienstag den 29. Juni 1920. 31. Jahrgang.

Sicherheitspolizei und Reichswehr.

Die Entente verlangt von uns Entwaffnung. Drei Noten hat sie der deutschen Regierung überreicht, in welchen die Verringerung der Reichswehr auf 100 000 Mann, die Auflösung der Sicherheitspolizei gefordert, dafür aber eine Vermehrung der sogenannten blauen Polizei gestattet wird.

Reichswehrminister Geßler hat dem Berliner Vertreter der Pariser Zeitung „Matin" auseinandergesetzt, daß eine Verringerung der Reichswehr auf 100 000 Mann den innern Frieden Deutschlands gefährde und damit auch die Erfüllung des Friedensvertrags. Nach Zeitungsmeldungen führte Geßler aus:

Die Erfahrungen der letzten 18 Monate hätten den Beweis geliefert, daß 100 000 Mann nicht genügten. Zur Bekämpfung der Unruhen im März 1919 seien 45 000 Mann notwendig gewesen, zur Niederwerfung der Sowjets in München im April 1919 33 000 Mann, zur Bekämpfung der Unruhen in Hamburg im Juli 1919 19 000 Mann, und im letzten Frühjahr seien im Ruhrgebiet 40 000 Mann tätig gewesen. Mit 100 000 Mann müsse man große Teile deutschen Gebiets ohne Schutz lassen.

Auch die Entlassung von 50 000 oder 100 000 Soldaten bedeute eine Gefahr, da die Entlassenen meistens zu extremen Parteien übergingen. Ohne ein Heer, das fähig sei, die Ordnung aufrechtzuerhalten, sei die Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland auf dem Gebiet des Wiederaufbaues illusorisch. Reichswehrminister Geßler betonte übrigens noch, daß nicht nur Lloyd George und Churchill, sondern auch kompetente Franzosen die Anstrengungen anerkannt hätten, die Deutschland mache, um zu einer Entwaffnung zu gelangen. Er habe die Ueberzeugung, daß man nach gewissenhafter Prüfung der Lage Deutschland nicht mehr eines schlechten Willens bezichtigen werde.

Als die Auflösung der Einwohnerwehren und der Zeitfreiwilligen-Formationen gefordert wurde, hat man ebenfalls gesagt, daß damit der innere Friede Deutschlands gefährdet sei.

Wir sind im Gegensatz dazu der Meinung, daß der innere Friede Deutschlands gefährdet ist, weil

zuviel Waffen und bewaffnete Formationen

in Deutschland bestehen. Durch eine allgemeine durchgreifende Entwaffnung ist der innere Friede besser zu sichern.

Niemand sollte in Deutschland Waffen besitzen als die Reichswehr und die Polizei. Die Arbeiterschaft ist fast restlos entwaffnet. Waffen, die für den innern Frieden gefährlich werden können, sind vor allem in den Händen reaktionär gesinnter Großgrundbesitzer, Bauern und teilweise noch in den Händen ihrer Gesinnungsgenossen in den Städten. Außerdem besitzt die Reichswehr Waffen, die nicht zu ihrer Ausrüstung gehören und gar zu leicht, wie sich beim Kapp-Putsch gezeigt hat, in Hände übergehen, die sie gegen die Sicherheit der Staates gebrauchen, gleichgültig, ob sie von linksradikalen oder rechtsradikalen Elementen geladen und abgeschossen werden.

Der Kapp-Putsch hat gezeigt, daß gerade eine an Zahl sehr starke Reichswehr eine Gefahr für die Republik ist. 100 000 Mann Reichswehr können einen Kapp-Putsch nicht wiederholen.

100 000 Mann Reichswehr, für Grenzschutzzwecke und zur Niederschlagung größerer Aufstandsversuche richtig organisiert und in entsprechender Stärke zusammengefaßt, genügen für Deutschland vollkommen. Voraussetzung ist allerdings, daß endlich energische Maßnahmen zur allgemeinen Entwaffnung getroffen werden.

Wie eine Riesenharke

lasse der Reichswehrminister einige Brigaden durch Deutschland ziehen und alle Waffen und Munition vernichten. Der Anfang damit müßte in Bayern und Pommern gemacht werden. Dann werden sich auch die noch versteckten Waffen im Ruhrgebiet finden lassen.

Der Unfug radikaler Arbeitergruppen, die sich militärisch organisieren und Exerzierübungen abhalten, wird aufhören, wenn die Aussicht, Waffendepots plündern zu können, verschwunden ist. Solche Waffendepots sind zum Beispiel in Bayern die Einwohnerwehren und die Waffendepots auf den Gütern der Großagrarier. Für die Republik sind diese Waffendepots eine doppelte Gefahr, die nur beseitigt werden kann, wenn die Depots beseitigt werden.

Energischen Widerstand leiste man dagegen der Forderung auf

Auflösung der Sicherheitspolizei.

Die sogenannte grüne Sicherheitspolizei ist eine ausgezeichnete Organisation, die mit wenigen Ausnahmen auch die Feuerprobe des Kapp-Putsches bestanden hat.

Eine vermehrte blaue Polizei kann sie nicht ersetzen. Die alte Polizei hat sich während der Revolution immer mehr zu einer Ordnungs- und Verkehrspolizei entwickelt. Diesen Aufgaben ist sie vollkommen gewachsen und entsprechen auch ihrer ganzen Natur.

Was ihr vor allem fehlt, ist die

Zusammenfassung in geschlossenen Formationen.

Zur Dämpfung von Unruhen sind größere, in sich geschlossene, dazu besonders ausgebildete und ausgerüstete Polizeiformationen in Deutschland für die nächste Zukunft nicht zu entbehren. Gerade die letzten Tage haben gezeigt, daß einzelne Polizeiposten machtlos sind. Sie müssen gar zu leicht, nur um sich ihres Lebens zu erwehren, zu den Waffen greifen und geben oft genug gerade damit das Signal zu größern Ausschreitungen. Die Polizei kann unter den heutigen Verhältnissen nur wirksam eingreifen, wenn sie in genügender Stärke auftritt.

Viel mehr als die Reichswehr ist die Sicherheitspolizei geeignet, den innern Frieden Deutschlands zu gewährleisten. Die deutsche Regierung muß alle Kraft darauf verwenden, der Entente die Notwendigkeit der Sicherheitspolizei vor Augen zu führen.

Die Aussicht, eine 200 000 Mann starke Reichswehr halten zu dürfen, ist gleich Null. Als Beweis des guten Willens, die im Friedensvertrag unterschriebene Entwaffnung durchführen zu wollen, verzichte man von vornherein auf jeden Versuch, die Reichswehr in ihrer jetzigen Stärke zu erhalten.

Die Forderung auf Auflösung der Sicherheitspolizei steht mit dem Friedensvertrag im Widerspruch, sie muß deshalb zurückgewiesen werden. Die Sicherheitspolizei ist eine Lebensnotwendigkeit für Deutschland. Ihre Auflösung würde tatsächlich eine Gefahr für die Erhaltung des innern Friedens sein.

Die Verringerung der Reichswehr ist eine solche Gefahr nicht, sie kann sogar, nach den Lehren des Kapp-Putsches, eine Förderung des innern Friedens sein. Außerdem wäre sie ein Mittel, um das Mißtrauen in den bisher feindlichen Ländern zu zerstreuen.

Dieses Mißtrauen ist vor allem durch den Ausfall der Wahlen am 6. Juni und die Bildung einer Regierung, in welcher die Stresemann-Partei sitzt, gewachsen.

Die reaktionäre Presse aller Grade sucht durch ihr Geschrei über den drohenden Bolschewismus in Deutschland Stimmung für die Bewilligung der 200 000 Mann Reichswehr zu schaffen. Für die Erhaltung der Sicherheitspolizei setzt sie sich mit viel weniger Eifer ein. Außerdem besteht eine starke Strömung, die gern die Sicherheitspolizei auflösen würde, wenn dafür die Reichswehr auf ihrem heutigen Stand erhalten bleiben könnte. Das ist ganz natürlich. Die Reichswehr ist für reaktionäre Zwecke ein viel brauchbareres Werkzeug als die Sicherheitspolizei. Gegen solche Bestrebungen muß mit aller Entschiedenheit Stellung genommen werden.

Ein Verbrechen und eine Riesendummheit begehen aber jene Arbeiter, die wirren Fanatikern folgen oder von Lockspitzeln sich verführen lassen und in „militärischen" Spielereien sich gefallen.

Auch hier zeigt sich wieder die Kurzsichtigkeit der Unabhängigen, die es abgelehnt haben, in die Regierung einzutreten und hier bei der Entwaffnung aller gegenrevolutionären Elemente mitzuwirken, um zunächst einmal die Sicherheit der demokratischen Republik zu fundieren.

Wenn in der nächsten Zeit neue Verwicklungen mit der Entente entstehen und der Aufbau Deutschlands wiederum gestört wird, worunter in erster Linie die Arbeiter zu leiden haben, dann danken wir es nicht nur den kurzsichtigen Wählern vom 6. Juni, sondern vor allem der Politik der Unabhängigen. —

Schrittmacher des Bürgerkriegs.

Die reaktionäre Presse, deren Wohldisziplioniertheit und treffliche Regie auch vom Gegner anerkannt werden muß, hat in der letzten Zeit von irgendeiner Stelle, die wir wohl nicht mit Unrecht in Militärkreisen vermuten, Anweisung erhalten, planmäßig im Volke die Meinung zu verbreiten, daß wir vor einer bolschewistischen Erhebung in Deutschland stehen. Anders ist die Einmütigkeit nicht zu erklären, mit der jetzt — nachdem die agitatorischen Bedürfnisse des Wahlkampfes gedeckt sind — die öffentliche Meinung nach wie vor mit dem „Bolschewistenschreck" gespeist wird. Kaum ist eine Schwindelnachricht als solche enthüllt, so erhebt schon eine andre ihr Haupt, und die in den letzten Tagen in verschiedenen Städten ausgebrochenen

Lebensmittelunruhen

geben den Tendenznachrichten freudig begrüßte Unterlage. Hätte man vor sechs Jahren in Deutschland, als auch schon — was heute nur in Vergessenheit geraten ist — Lebensmittelunruhen von Zeit zu Zeit vorkamen, diese als Beginn einer Revolution bezeichnet — das Wort Bolschewismus war damals noch unbekannt —, so hätte man die Verbreiter solcher Schauermären einfach ausgelacht. Heute findet jede Lügennachricht, mag sie noch so abgeschmackt sein und den Stempel der Tendenzmache noch so deutlich an der Stirn tragen, ihre gläubigen Nachbeter.

Es soll nicht verschleiert werden, daß durch die fortgesetzte Teurung, den Steuerabzug, die lang dauernde Regierungskrise u. a. m. eine gewisse Erregung in der Bevölkerung besteht. Wenn jedoch im Lager der Reaktion das Bedürfnis nach „Ruhe, Ordnung und Sicherheit" wirklich so brennend besteht, wie immer betont wird, so muß es wundernehmen, daß die Möglichkeit einer Anbahnung ruhiger Verhältnisse stets aufs neue durchkreuzt wird. Wenn die „Tägliche Rundschau" ihren Leitartikel „Die neue Revolution i. E." und die „Kreuz-Zeitung" ihren Artikel „Sturmzeichen" überschreibt, wenn beide Blätter zahlreiche, längst dementierte Lügennachrichten als neue Wahrheiten verkünden und insbesondere die „Kreuz-Zeitung" Scheidemanns von diesem längst als unwahr erklärte Aeußerung vom kommenden Bürgerkrieg ausschlachtet, so ist die Absicht, die sich dahinter verbirgt, allzu deutlich zu erkennen. Daß für den Bolschewismus in Deutschland kein Platz ist, haben die Wahlen zum Reichstag zur Genüge bewiesen.

Die Arbeiterschaft lehnt den Bolschewismus ab,

und ihre Erregung über Obst- und andern Wucher, dessen Urheber den Kreisen der „Kreuz-Zeitung" und der „Täglichen Rundschau" näher stehen als der Arbeiterschaft, als bolschewistische Welle hinzustellen, ist ein ebenso lächerliches wie gefährliches Verfahren.

Am 6. Juni hat sich die gewaltige Mehrheit der Arbeiterschaft für die demokratische Republik, für deren Ausbau auf freiheitlich parlamentarischer Grundlage und gegen das Sowjetsystem ausgesprochen. Das Proletariat darf seinen Gegnern nicht den Gefallen tun, sich durch Unüberlegtheiten den Maschinengewehren der militaristischen Reaktion auszuliefern und den Vorwand zur Einführung von Horthy-Methoden in Deutschland zu geben. Die Tendenzmeldung von bevorstehenden revolutionären Unternehmungen auf Arbeiterseite sind tatsächlich weiter nichts als Wegbereiter des Bürgerkriegs, der von reaktionärer Seite geplant sein mag. —

Ebert verlangt Neuwahl.

Der Reichspräsident Ebert hat folgendes Schreiben an den Reichskanzler gerichtet:

„Nach § 2 des Gesetzes über die Wahl des Reichspräsidenten vom 4. Mai 1920 (Reichsgesetzblatt Seite 849) hat der Reichstag den Tag für die Präsidentenwahl zu bestimmen. Ich bitte Sie, Herr Reichskanzler, veranlassen zu wollen, daß der Reichstag den Wahltag alsbald bestimmt.

Ebert spricht damit den Wunsch aus, daß gemäß den Bestimmungen der Verfassung das Volk so bald als möglich selbst den Präsidenten sich wählen soll, denn Ebert ist in Weimar von der Nationalversammlung gewählt worden.

Die Präsidentenwahl wird trotz dieses Wunsches so bald nicht vorgenommen werden können, weil an dieser Wahl auch die Abstimmungsgebiete teilnehmen müssen. —

Briand gegen Clemenceau.

Am Sonnabend fand in der französischen Deputiertenkammer das seit langem erwartete Duell zwischen Briand und Clémenceau statt. Clémenceau war freilich nicht da, er ist nicht mehr Minister, nicht einmal Abgeordneter. Aber Tardieu, seine rechte Hand in diplomatischen Fragen, der eigentliche Inspirator des Vertrags von Versailles, führte für Clémenceau den Degen — um sich selbst zu verteidigen.

Die Ursache des Streites zwischen Briand und Clémenceau, der nun schon seit Wochen dauert, ist die Tatsache, daß Frankreich trotz seines Sieges vor dem finanziellen Bankrott steht, daß der ihm zugesprochene Teil des türkischen Reiches sich in offener Empörung befindet, daß der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs nicht vom Flecke kommt, mit einem Worte, daß sich die Franzosen für die Gemeierten halten. Statt der Beute regnet es Steuern.

Ueber Clémenceau hinaus gehen die Angriffe Briands vor allem gegen die treuen Verbündeten, die Engländer: „Die Größe des englischen Volkes besteht in einer nimmer befriedigten Tätigkeit. Die Engländer verteidigen nicht die andern." Mit solchen höflich klingenden Bosheiten war die Rede Briands gespickt.

Und dann kam die Verherrlichung des idealistischen Frankreichs. „Frankreich hat 1871 erlitten, Sedan, das beschmutzte Paris. Nach vier Jahren Krieg ist es überall siegreich, es hält Deutschland zwischen zwei furchtbaren Zangen, . . . und die deutsche Armee marschiert ab, mit ihren Fahnen, ihren Gewehren. — Daran erkenne ich dich wohl, großherziges, menschliches Frankreich!"

So schreibt Briand die Geschichte. Nach einem alldeutschen Geschichtsprofessor wird sie freilich ganz anders aussehen. Herr Tardieu rühmte dagegen, was alles aus Deutschland herausgeschunden worden ist. Und dieselbe Mehrheit, die Briand Beifall geklatscht hatte, klatschte Tardieu Beifall. Warum auch nicht? Wir wenigstens können einen Unterschied zwischen der Politik Briands und Tardieus nicht entdecken. —

Die russische Gegenoffensive.

Die seit Monaten angekündigte allgemeine Offensive der russischen Roten Armee gegen Polen hat eingesetzt. In dem amtlichen Moskauer Bericht heißt es darüber, daß infolge des Einbrechens der russischen Kavallerie in die vordern polnischen Linien folgendes Ergebnis erzielt worden sei: Die 2. polnische Armee ist außer Gefecht gesetzt. Die 3. polnische Armee in der Gegend von Kiew ist von ihren hintern Verbindungen abgeschnitten. Die 6. polnische Armee in der Gegend von Polonsk hat in ihrer rechten Flanke die Stütze verloren und ihren Rückzug bereits begonnen. Ausgehend von dem Einbruch in die polnische Front hat die russische niederschmetternde Offensive auf der ganzen Front begonnen. Die 3. polnische Armee hat auf die Gefahr hin, ganz in unsre Hände zu fallen, ihre Konvois, Depots und Lager vernichtet. Ihr Rückzug ist in Flucht ausgeartet. Ein Teil der Armee ist in unsre Hände gefallen, ein andrer Teil hat sich über die Felder und Wälder zerstreut. Dem Rest gelang es, sich einen Rückweg zu bahnen. Jedenfalls existiert die 3. polnische Armee nicht mehr. Wir haben 70 Geschütze, 250 Maschinengewehre, ungezählte Gewehre und Kanonen erbeutet. Die rote Armee marschiert auf der ganzen Front vorwärts. —

Frau Snowden über Rußland.

Frau Snowden, ein Mitglied der englischen Arbeiterdelegation, die Sowjet-Rußland besuchte, machte einem Vertreter der „Vossischen Zeitung" in Berlin Mitteilungen über ihre Eindrücke. Aus den Mitteilungen des Blattes entnehmen wir: Die elfköpfige Studienkommission der englischen Sozialisten reiste von Petersburg aus tief ins Innere Rußlands hinein; Moskau wurde selbstverständlich besucht; bis Saratow war die Kommission von Vertretern der Sowjetregierung begleitet, den Rest der Reise bis Astrachan legte sie ohne Führung zurück.

Die wesentlichste Erkenntnis, die Frau Snowden auf dieser Fahrt gewonnen hat, gipfelt in dem Satze:

Das ist nicht Sozialismus,

was hier in Sowjetrußland verwirklicht worden ist, das hat mit den Lehren von Karl Marx nichts zu tun; das ist dasselbe System der Tyrannei, wie es ehedem in Rußland herrschte, nur jetzt vom entgegengesetzten Pol aus geübt. Hier herrscht wohl stärkere Disziplin als in dem alten Rußland; aber diese Disziplin ist zum größten Teil erzwungen; nur jetzt, da der Krieg mit Polen dem russischen Nationalbewußtsein wieder einen starken Antrieb verliehen hat, fügen sich freiwillig auch viele, die mit dem Bolschewismus an sich nichts zu tun haben wollen.

Die Lebensverhältnisse in den Städten sind trostlos.

Die Bevölkerung hungert und leidet Mangel an Kleidung und Beschuhung. Die Bauern geben ihre Erzeugnisse nur im Austausch gegen Kleiderstoffe, landwirtschaftliche Gerätschaften und Maschinen her. Bemerkenswert ist die Sorge, die die Sowjetregierung der heranwachsenden Generation zuteil werden läßt; Frau Snowden gewann den Eindruck, daß die Kinder selbst in Moskau im allgemeinen besser genährt werden als in Wien.

Den erfolgreichen Weg zur

Ueberwindung des Bolschewismus

sieht Frau Snowden nicht darin, daß man Sowjet-Rußland durch einen Krieg niederzwingen will; vielmehr würde vernünftiges Entgegenkommen, Aufhebung der Blockade vor allem, mit Sicherheit zu dem Ziele führen, daß sich allmählich in Rußland wieder der Geist der Mäßigung durchsetzte, daß auch gemäßigte Elemente wieder in der Regierung zu Einfluß kämen und daß sich so der Rückkehr zu einer vernünftigen wirklichen Demokratie der Weg ebnen ließe.

Deutschland und Polen.

Dem Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten der verfassunggebenden Versammlung vom Freistaat Danzig ist der polnische Entwurf für einen Vertrag, der die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Polnischen Republik und der Freien Stadt Danzig regeln soll, übergeben worden.

Aus ihm sei hervorgehoben: Nach Artikel 1 liegt die Führung der auswärtigen Angelegenheiten der freien Stadt Danzig, die diplomatische und konsularische Vertretung sowie der Schutz ihrer Staatsangehörigen in den fremden Ländern der polnischen Regierung ob.

Artikel 3 lautet: Die Handelsschiffe der Freien Stadt Danzig führen die Flagge der polnischen Handelsmarine.

Laut Artikel 13 ist im innern Dienste die Sprache der Behörden, der Gerichtshöfe und aller Organisationen der Freien Stadt Danzig und ihrer politischen Gemeinden in gleicher Weise Deutsch und Polnisch.

Nach Artikel 20 ist die Freie Stadt Danzig verpflichtet, überall da eine polnische Volksschule zu gründen, wo mindestens 40 Kinder vorhanden sind, deren Eltern den Wunsch ausgesprochen haben, sie in polnischer Sprache unterrichten zu lassen.

Nach Artikel 29 gehören die Gerichtssachen, die der Zuständigkeit des Reichsgerichts in Leipzig unterliegen, von nun ab vor die Zuständigkeit des Obersten Gerichtshofs der polnischen Republik.

Artikel 30 lautet: Polen hat das Recht, auf dem Gebiet der Freien Stadt Danzig alle notwendigen Maßnahmen in bezug auf Militär- und Marinewesen zu treffen, um sein Landgebiet und seine Zugänge zum Meere wie auch das Gebiet der Freien Stadt Danzig zu verteidigen.

Nach Artikel 33 ist das Geld der Freien Stadt Danzig polnisches Geld.

Zur Abstimmung in Ostpreußen.

Wie die Eisenbahndirektion Königsberg mitteilt, haben die in Warschau geführten Verhandlungen über die Durchführung von Abstimmungszügen aus dem Reiche durch den polnischen Korridor über Konitz—Dirschau—Marienburg und zurück zu einem für uns günstigen Ergebnis geführt. Die Polen erklären sich mit dem Vorschlag der Eisenbahnverwaltung, vom 1. Juli bis 9. Juli täglich sieben Sonderzüge aus dem Reiche durchzuführen, ebenso viele vom 18. bis 21. Juli nach der Abstimmung zurückzuführen, einverstanden. Eine Zollrevision der Abstimmenden findet nicht statt, doch behält sich die polnische Verwaltung das Recht vor, Stichproben vorzunehmen. Im übrigen findet sowohl bei der Einreise eine sehr strenge Kontrolle der Personalausweise durch die Interalliierte Kommission statt. Es ist daher dringend davor zu warnen, diese nur für Abstimmungs-Berechtigte bestimmten Sonderzüge zu benutzen, wenn die Reisenden keinen Wahlausweis zur Abstimmung besitzen. Es ist mit einer Gesamtzahl von mindestens 140 000 Menschen zu rechnen, die innerhalb kurzer Zeit heran- und nach dem 11. Juli wieder abzubefördern sind. —

Die Schuldeputationen.

Der verstärkte Unterrichtsausschuß der Preußischen Landesversammlung beriet das Gesetz über die Schuldeputationen zu Ende. Es wurde nunmehr in voller Einmütigkeit aller Parteien angenommen. Die Geistlichen haben nach dem inzwischen eingegangenen Rechtsgutachten des Reichsjustizministeriums weiterhin Anteil an den Schuldeputationen. Das Rechtsgutachten verlangt, daß die Sperrparagraphen der Reichsverfassung auch auf das preußische Gesetz über die Schuldeputationen Anwendung finden sollen. Die wesentlichste Aenderung, die das Gesetz durch die Ausschußberatungen erfahren hat, ist die, daß in den Schuldeputationen, Schulkommissionen und Schulvorständen die Lehrer und Laien größern Einfluß erhalten sollen. Infolge der zahlreichen textlichen Aenderungen, die an dem Gesetz vorgenommen wurden, ist seine völlige Neuformulierung notwendig geworden, die die Regierung am 5. Juli vorlegen wird. —

Teurungsunruhen und Preisgestaltung.

Die Lebensmittelkrawalle, die in allen Teilen des Reiches ausgebrochen sind, haben in vielen Orten auf die Preisgestaltung erheblich gewirkt. Es ist nicht ohne Interesse, die Preisfestsetzungen miteinander zu vergleichen. So wurde in Mainz von den Verbrauchern ein Kirschenpreis von 1 Mark und ein Erdbeerpreis von 2 Mark pro Pfund verlangt. In Oldenburg kam die Kaufmannschaft der Zwangsmaßnahme zuvor. Dort wurde Fleisch mit 5 Mark, Reis mit 2 bis 4 Mark, Kaffee mit 10 Mark ausgezeichnet. In Bremen, wo sich die Bewegung auch auf die Vororte ausgedehnt hat, haben verständigerweise die Behörden vermittelnd eingegriffen. Sie haben folgendes beschlossen:

1. Bei allen Versteigerungen und Großverkäufen von Obst und Gemüse wirken drei Personen der Bevölkerung mit, einer vom Gewerkschaftskartell, einer von der Lebensmittelkommission und einer von den Händlern.

2. Auch bei kleinen Ankünften wird diese Kommission für mäßige Preise sorgen.

3. Die drei Vertreter haben täglich auf Grund der Großhandelspreise Kleinhandelspreise festzusetzen.

Auch in Bayern suchen die Behörden den Stier bei den Hörnern zu fassen. Der bayrische Justizminister hat angesichts der steigenden Erbitterung der Bevölkerung über das Wucher- und Schiebertum angeordnet, daß schwerere Fälle von Preistreiberei und Schleichhandel nicht durch Strafbefehle, sondern in öffentlicher Verhandlung vor dem Wuchergericht erledigt werden sollen. Und der bayrische Städtebund hat eine eindringliche Kundgebung erlassen, die vor weitern Preiserhöhungen auf das nachdrücklichste warnt, weil die städtische Bevölkerung mit den fortwährenden Preiserhöhungen nicht mehr Schritt halten kann und in eine geradezu verzweifelte Lage komme.

In Magdeburg sank der Preis für Kirschen am Sonnabend früh auf 1,25 Mark, am Sonnabend nachmittag verkaufte ein Händler auf dem Alten Markt diese Früchte für 1 Mark das Pfund. Heute kosten sie wieder 2 Mark.

In Hamburg suchte eine erregte Volksmenge zunächst auch nur die Obstpreise herabzusetzen. Am Sonnabend nachmittag bemächtigte sich mehr und mehr der plünderungslustige Janhagel der ihm willkommenen Situation. Nicht allein die Lebensmittelgeschäfte wurden von der durch Gruppenredner aufgepeitschten Menge zu selbst diktierten Preisen „ausverkauft", das heißt geplündert, sondern auch Zigarrenläden, Schuh- und Kleiderhandlungen verfielen demselben Schicksal.

In Duisburg erzwang eine große Menschenmenge die Herabsetzung aller Preise für Obst und Gemüse. Am Sonnabend in den frühen Morgenstunden entstanden auf den Märkten der drei Unterweserstädte Bremerhaven, Geestemünde und Lehe Lebensmittelkumulte. Die Menge bemächtigte sich der Verkaufsstellen und verkaufte die Waren mit 100 bis 200 Prozent Verlust. Es bildeten sich dann Trupps von Frauen aus dem Arbeiter- und Mittelstand, welche die Lebensmittelgeschäfte in den Hauptstraßen stürmten. Die Erregung steigerte sich durch Hetzereien minderwertiger Elemente, wodurch die Lage der großen Warenhäuser aufs äußerste gefährdet wurde. Wie die „Frankfurter Zeitung" meldet, haben auch die Verbraucher in Höchst a. M. zur Selbsthilfe gegriffen und setzten die Lebensmittel- und Gemüsepreise bei den Händlern zwangsweise um 70 bis 80 Prozent herab. In Mainz kam es nach den Teurungsdemonstrationen noch zu Blutvergießen. Gesindel benutzte die Unruhen, um Einbrüche und Diebstähle zu unternehmen, wobei die Polizei gegen sie vorging. Die Menge ergriff gegen die Polizisten Partei, wobei durch die Abwehr ein Mann durch einen Schuß verletzt wurde.

Daß derartige Tumulte immer die ehrsamen Leute auf die Straße zieht, die ganz umsonst einkaufen wollen, ist selbstverständlich. Als eine „Preisregulierung", die von einiger Dauer sein könnte, wird man auch die Augenblicksaktionen der Menge nicht bezeichnen können. Es gehört schon etwas mehr dazu, Ordnung in das wilde Getriebe der Wirtschaft zu bringen. —

Ledebours Selbstporträt.

Das Bureau des Reichstags bereitet ein Reichstagshandbuch vor, das biographische Mitteilungen über die Abgeordneten enthält und mit deren Photographien geschmückt ist. Die Biographien sind von den Abgeordneten selbst verfaßt. Da liest man unter Ledebour, Georg, das Folgende:

Sprach sich bereits während der Kriegszeit für die Beseitigung der monarchischen Einrichtungen und für die sozialistische Revolution aus und wirkte demgemäß mit an der erfolgreichen Erhebung am 9. November 1918. Lehnte den Eintritt in das republikanische Kabinett der Volksbeauftragten ab, da dessen paritätische Zusammensetzung seiner Auffassung nach in allen entscheidenden Fragen zu fruchtlosen Beschlüssen führen mußte. Beteiligt an der Erhebung im Januar 1919 zur Durchführung des Sozialismus.

Das ist doch der echte Ledebour! Eitle Selbstbespieglung und spitzzüngige Herausforderung der eignen Parteigenossen! Triumph, daß er nach seiner eignen Meinung gegen Haase und Dittmann recht behalten hat! Stolz auf eine Tat, die der Unabhängige Hilferding die Marneschlacht der Revolution nannte, von der Emil Barth, der unabhängige Volksbeauftragte, sagte, sie bedeute die Geburt des neuen Militarismus, und Richard Müller, sie sei ein Streich politischer Narren gewesen, von der selbst die „Rote Fahne" neulich zugab, bei ihrer Vorbereitung hätten Lockspitzel eine entscheidende Rolle gespielt!

Dieser Ledebour ist Führer der unabhängigen Fraktion im Reichstag! —

Ein politischer Mordprozeß.

Nach Eröffnung der Sitzung am Freitag früh teilte Staatsanwalt Dr. Ortmann zunächst das Ergebnis seiner Schritte zur Ermittlung des nicht erschienenen Zeugen Schreiber mit. Sie sind erfolglos gewesen. Es wird dann die Vernehmung des gestern schon zur Hälfte vernommenen Angeklagten Hoppe fortgesetzt. — Vors.: Ich möchte noch einen Punkt berühren. Haben Sie sich auch mit hypnotischen Fragen beschäftigt? — Angeklagter: Jawohl. — Auf Aufforderung des Vorsitzenden erklärt der Angeklagte, daß er das erstemal auf die Sache hingelenkt worden sei durch einen Vortrag, der von einem Jugendfreund in einem Verein gehalten worden sei. Darin war gesagt worden, daß die Hypnose erzieherisch verwendet werden könne. Nach dem Vortrag sei der Vortragende zu praktischen Versuchen übergegangen, die er an zehn Jugendlichen vornahm. Er selbst sei als erster sofort eingeschlafen, nachdem er nach Anordnung fest auf ein Holz gesehen habe. Der Angeklagte erzählt dann mehrere Einzelfälle, in denen er in Hypnose versetzt worden sei. Auch als er in Leipzig im Lazarett gelegen, sei er mehrmals hypnotisiert worden.

Im Anschluß hieran stellen die Sachverständigen eine ganze Reihe von Fragen, die sich auf die Handlungen des Angeklagten in hypnotischem Zustande, die von ihm behauptete Gedankenübertragung durch andre usw. beziehen.

Bei der Wiederholung der gestern schon erörterten Vorgänge bis zur Ueberführung des Blau nach der Wohnung des Winkler bringt der Angeklagte Hoppe u. a. zur Sprache, daß Mendelsohn, der sich Oberst nannte, ein Mann von mongolischem Typus mit stechendem Blicke gewesen sei, vor dem er sich immer gefürchtet habe. Ferner sei auch ein „kleiner Ausländer" und ein großer Mann in braunem Anzug, der „Georg" genannt wurde, nach der Pohlschen Wohnung gekommen. [illegible] habe sich sehr wohl gefühlt und ihm erzählt, daß er für die „Antibolschewistische Liga" in München die Kommunisten bespitzeln sollte. Er habe die Liga jedoch betrogen und den Kommunisten als Spitzel gegen die Liga gedient. Deshalb sei er auch von der Regierung verhaftet worden.

Auf eine Frage des Vorsitzenden, welchen Zweck denn das Gefangenhalten des Blau gehabt habe, erklärt Hoppe, daß er damals an eine Tötungsabsicht überhaupt nicht gedacht habe. Nach seiner Meinung sollte Blau

als Spitzel zwangsweise photographiert werden.

— Rechtsanw. Dr. Siegfried Weinberg weist darauf hin, daß es schon früher bei der Sozialdemokratischen Partei, aus der die K. P. D. hervorgegangen sei, üblich gewesen sei, Polizeispitzel so lange festzuhalten, bis sie photographiert worden waren, um dann mit Hilfe der Photographie die Genossen warnen zu können. — Als in der weitern Vernehmung des Hoppe die Vermutung auftauchte, der angebliche Stolz sei in Wirklichkeit der bekannte Kommunistenführer Dr. Levi, erklärt der Angeklagte, daß diese Vermutung völlig aus der Luft gegriffen sei. Nach Bekanntwerden der Ermordung Blaus habe sich im Gegenteil die Zentralleitung der K. P. D. sehr abfällig über diese Tat geäußert. Der Angeklagte schildert sodann Einzelheiten unmittelbar vor dem Morde selbst. Nachdem man Blau unter dem Vorgeben, es handle sich um ein „neues Geschäft", in die Wohnung des Winkler gelockt hatte, erschienen drei Männer, die sehr brutal und gewöhnlich ausgesehen haben. Es seien dies ein gewisser Franz, ein Feldgrauer und ein dritter gewesen. „Franz" schimpfte mit gemeinen Worten auf den „Spitzel Blau" und sagte, dieser habe sein sauberes Handwerk die längste Zeit betrieben. „Das Aas muß weg, das Biest haben wir lange genug verfolgt" u. a. Bei diesen Worten holte „Franz" die Flasche Morphium und einen Strick hervor. „Ich versuchte" — so fährt der Angeklagte Hoppe fort — „die drei von ihrer Absicht abzubringen und erklärte, daß ich von Blau schon sehr viel wertvolles Material erhalten habe. Die Leute lehnten in heftiger Weise ab, schimpften mich „Feigling" und einer zog sogar in drohender Haltung seinen Revolver. Ich sagte darauf: „Wenn Ihr es doch tun wollt, so tut es aber nicht in der Wohnung meines Freundes Winkler, sondern sonstwo!" Ich mußte schließlich die Wohnung verlassen, da die Haltung der drei immer drohender wurde. —

Angeklagter Hoppe gibt weiter an: Auf der Straße traf ich Acosta. Erst jetzt wurde mir klar, daß man mich betrogen hatte, ich hatte bis dahin geglaubt, daß es sich lediglich um eine Konferenz handeln sollte. — Vors.: Daß die Gesellschaft Mordabsichten hatte, wußten Sie, und nur um den Namen Ihres Freundes nicht preisgeben zu müssen, ließen Sie den Mord geschehen? — Angekl.: Jawohl. — Vors.: Sie hätten zu diesem Zeitpunkt den Mord doch noch verhindern können, indem Sie die Polizei benachrichtigten. Das haben Sie nicht getan? — Angeklagter: Nein! — Der Angeklagte erzählt dann weiter: Ich irrte auf der Straße herum und langte erst nach einer Stunde wieder in der Großbeerenstraße an. Es kamen gerade zwei Männer herunter und sahen, mit dem Bemerken, die Leiche sei schon auf der Treppe, nach, ob die Straße frei war. Gleich darauf kam jemand mit der in eine Decke eingepackten Leiche die Treppe herunter und legte sie in den Hausflur nieder. Wir gingen dann bis zum Kanal. Schröder schmiß die Leiche über das Gitter auf die Rasenböschung, wo sie zuerst liegenblieb. — — Vors.: Angeklagter! Es handelt sich um einen Mord und um Ihr Leben. Können Sie uns die Leute, die bei der Tat zugegen gewesen sind, nicht namhaft machen? — Angekl.: Nein. Hoppe schildert sodann, wie „Franz" ihm den Hergang des Mordes selbst auf der Straße erzählt habe. Er habe von Franz gehört, daß man Wein geholt habe, dann sei Morphium hineingegossen und man habe dann den Blau erdrosselt. Auf seine Entgegnung, daß das doch nicht recht gewesen sei, habe Franz erklärt: es sei notwendig gewesen, denn Blau sei den Kommunisten schädlich. — Vors.: Wie kamen Sie dann aber dazu, einen

Kassiber an Winkler aus der Haft abzusenden, der Sie doch schwer belasten muß? — Angekl.: Ich habe, als ich in Haft genommen worden war, die Befürchtung gehabt, daß ich vor das Kriegsgericht komme, zu dem ich begreiflicherweise kein Vertrauen haben konnte. Ich gebe zu, daß ich in einen starken Verdacht der Beteiligung am Morde kommen konnte und da ich keinen andern Bekannten herbeizuschaffen wußte, der mich entlasten konnte, habe ich mich an Winkler gewandt.

In dem Kassiber, den Winkler aber nicht zum lesen bekam, da er ihm vorher von dem Gefängnisbeamten abgenommen wurde, heißt es u. a.: „Ich bitte Dich dringend, um das Schlimmste zu verhindern, mich so weit als möglich zu entlasten, wie ich es Dir gegenüber auch dauernd bestrebt bin. Gestehe Du bei der Verhandlung ein, daß Du die Wohnungsschlüssel auf mein Geheiß einem Menschen in braunem Anzug (Dir unbekannt) auf ein bestimmtes Parolewort, das Du aber vergessen hast, an der Hagelberger Straße, Ecke Großbeerenstraße, ausgehändigt hast. (Zeitpunkt etwa ½ Stunde nach meinem Besuch in Deiner Wohnung.) Grund: Da ich noch etwas zu erledigen hatte und Du aber noch nicht angezogen warst, um mit herunterzugehen, wir also die Schlüssel nicht gleich mitgeben konnten. Es kommt hier darauf an, das Leben zu retten, alles andre wäre doch nur von kurzer Dauer, denn die Zeit arbeitet doch für uns. Mit dieser Hoffnung will ich Dir gleich meine zweite Bitte vortragen. Ich habe alles eingestanden, bin auch zu Deiner Wohnung mit 'raufgegangen, aber nach ½ Stunde wieder 'runtergekommen; da ich oben merkte, daß die T-Leute schlechte Absichten hatten und ich damit nicht einverstanden war, sondern dafür war, Blau nur festzuhalten und dem Stroltz u. a. gegenüberzustellen. Ich bin also nach einer halben Strnde 'runtergekommen und nach Hause gegangen und in den Straßen umhergeirrt und bin dann erst halb aus Neugier, halb aus Angst eine halbe Stunde bevor die T-Leute mit Blau herunterkamen, wieder vor Deinem Haus angelangt und habe dort gestanden, bis man von oben 'runterkam. Ich brauche entweder Dich oder Schröder als Alibizeugen und so weiter.. Mit kommunistischem Gruß Erwin."

Nach der Mittagspause bleibt Hoppe dabei, daß der Kassiber nur den Zweck hatte, das Erinnerungsvermögen des Winkler über wahre Tatsachen aufzufrischen. Der Angeklagte hat dann eines Tages von dem Exekutivkomitee auf Grund einer Einladung den Auftrag erhalten, zu einer Konferenz nach Holland zu gehen. Einen Paß habe er nicht gehabt, und so ist er denn an der Grenze verhaftet worden. Er hatte 2000 Rubel bei sich. Wie er behauptet, ist ihm das Geld abgenommen, er aber dann wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Er habe nicht die Absicht gehabt, aus Deutschland zu verschwinden, seine Reise nach Holland habe nur den Zweck gehabt, Propaganda zu treiben.

Der Angeklagte Winkler hat bei seinem Vater das Schneiderhandwerk erlernt. Er hat sich schon früh der sozialdemokratischen Jugendbewegung angeschlossen. Er hat sich dann weiterzubilden gesucht und für das Problem interessiert, wie die heutige Gesellschaftsordnung zu überwinden sei, ist dann Anhänger der kommunistischen Weltanschauung geworden, stehe auf dem Boden des Parlamentarismus und lehne die Propaganda der Tat ab. Am Nachmittag des 1. August habe Hoppe ihn gebeten, ihm seine Wohnung zu einer Führersitzung zur Verfügung zu stellen. Dabei habe ihm Hoppe kein Wort von der Festhaltung eines Spitzels oder der Absicht eines Mordes gesagt. Winkler will auch gar keine Kenntnis von den Vorgängen in seiner Wohnung gehabt haben, als er in diese zurückkehrte. Erst am übernächsten Tage habe ihm Hoppe davon erzählt, daß es sich an jenem Tag um einen Spitzel gehandelt habe, der ein schlechter Mensch sei und in der Wohnung abgetan worden sei. Winkler bestätigt unter Hinweis auf Einzelbeispiele, daß Hoppe ein gutes Medium sei und die Angewohnheit hatte, sich hypnotisieren zu lassen. Winkler, der nur wegen Beihilfe angeklagt ist, versichert, daß er seine Wohnung nicht zu einer Mordtat hergegeben habe und weder direkt noch indirekt mit der Tat etwas zu tun gehabt habe.

Die Vernehmung der Angeklagten ist hiermit beendet und der Vorsitzende geht zur

Beweisaufnahme

über.

Sachverständiger Prof. Dr. Strauch, der zusammen mit Geh. Medizinalrat Dr. Hoffmann seinerzeit die Obduktion der Leiche vorgenommen hat, bekundet, daß die am Halse vorgefundene starke Strangulationsmarke, die dem Blau bei Lebzeiten beigebracht sein muß, mit großer Wahrscheinlichkeit darauf hinweist, daß Blau durch Erdrosselung getötet worden ist. — Rechtsanw. Dr. Weinberg und Dr. Liebknecht rollen die Frage auf, ob nicht auch die Möglichkeit gegeben sei, daß der Tod durch Selbstmord oder erst im Wasser eingetreten sei. Sie berufen sich darauf, daß der erste Obduktionsbericht der beiden Obduzenten die beiden Möglichkeiten offen gelassen habe und bleiben schließlich dabei, daß nur von einer „Wahrscheinlichkeit" über die Todesursache gesprochen werden könne. — Der Sachverständige Sanitätsrat Dr. Lehnsen, der unter Widerspruch der Verteidiger vom Gericht zu dieser Frage vernommen wird, schließt aus der Tatsache des Vorhandenseins einer sehr scharfen, schon blutunterlaufenen Strangulationsmarke, daß der Tod nicht erst im Wasser eingetreten ist, sondern schon vorher. — Sachverständiger Dr Brüning, Chemiker beim Polizeipräsidenten, gibt an der Hand des den Geschworenen vorgezeigten Strickes, der um den Hals des Blau gelegt worden war, sein Gutachten dahin ab: Es ist kein Anhaltspunkt dafür vorhanden, daß die Verschlingung des Strickes um den Hals von Blau selbst ausgeführt worden ist; im Gegenteil weist die ganze Art der Verknüpfung des Strickes entschieden darauf hin, daß dies von andrer Seite geschehen ist.

Die Verhandlung wird auf Sonnabend früh vertagt. —

10. Verbandstag der Buchdrucker.

Seit dem 14. Juni verhandelten in Nürnberg die Vertreter des Deutschen Buchdruckerverbandes auf ihrer 10. Generalversammlung. Vertreter aus Deutschösterreich, Tschechien, Ungarn, Schweiz, Holland, Schweden, ferner Vertreter der andern graphischen Organisationen nahmen an den Verhandlungen teil.

Wie auf den voraufgegangenen Gewerkschaftstagungen, hat auch auf diesem Kongreß die Parteipolitik eine erhebliche Rolle gespielt. Die parteipolitischen Auseinandersetzungen setzten schon beim Vorstandsbericht sehr heftig ein, so daß die Beratungen hierüber 2½ Tage in Anspruch nahmen. Die Opposition, deren Hauptwortführer aus den Mitgliedschaften Berlin und Leipzig kamen, griff die sogenannte Kriegspolitik der Gewerkschaften und was damit zusammenhängt, an, besonders scharf ging sie gegen die Generalkommission vor, deren Vertreter Graßmann, früher 2. Vorsitzender des Buchdruckerverbandes, die Angriffe zurückwies. Nach beendeter Aussprache wurde ein Antrag Kotte (Berlin), der dem Vorstand eine Art Mißtrauensvotum ausstellen will, in namentlicher Abstimmung mit 114 gegen 29 Stimmen abgelehnt, dagegen ein Antrag, der feststellt, daß der Vorstand nach Lage der Verhältnisse seine Aufgaben und seine Pflicht erfüllt hat, mit allen gegen 34 Stimmen angenommen.

Zwei andre Anträge befassen sich mit den Vorgängen im März 1920. Es wurde ein Antrag angenommen, in dem mit Genugtuung festgestellt wird, daß sich die Buchdrucker einmütig am Generalstreik im März beteiligt haben. Um für die Zukunft einheitliche Maßnahmen bei ähnlichen Gelegenheiten zu erzielen, wird zum Ausdruck gebracht, daß von den Zentralstellen oder von den von diesen zur Leitung der örtlichen Bewegung eingesetzten Instanzen bestimmt wird, welche Preßerzeugnisse und Publikationen zur Bekämpfung gegenrevolutionärer Bestrebungen herzustellen sind. Weitere Bemerkungen der Entschließung richten sich gegen die Zeitungsverbote und gegen die Vertrustung des Zeitungsgewerbes.

Bei der Stellungnahme zu den Anträgen die Statutenänderungen betreffend, kam es zu einer Neuauflage der parteipolitischen Debatten. Fülle (Berlin) hielt dabei ein großes Referat über „Neuorientierung und Mitbestimmungsrecht", als Korreferent wurde Böttcher (Leipzig) zugelassen. Auch hier dauerte die Debatte mehrere Tage. Besondere Angriffspunkte für die Opposition waren die Tarifgemeinschaft, das Unterstützungswesen usw. Lebhaft trat sie für Zusammenfassung des Unterstützungswesens und für Zusammenfassung aller graphischen Berufe zu einem Industrieverband ein. Sozialisierung, Rätesystem und dergleichen spielten eine erhebliche Rolle in den Debatten. Die zahlreichen Anträge wurden zwei Kommissionen zur Vorberatung übergeben, die tagelang darüber verhandelten.

Die Besprechung über die Lage auf dem Tarifgebiet wurde in geschlossener Sitzung behandelt. Das Ergebnis der mehrtägigen Debatten war eine Entschließung, die grundsätzlich an der zentralen Reglung der Arbeits- und Lohnbedingungen festhält und in einem organischen Ausbau der bisherigen Tarifgemeinschaft zu einer sozialen Gemeinwirtschaft eine ernste Zukunftsaufgabe erblickt, wozu folgende Richtlinien aufgestellt werden: 1. möglichste Vereinfachung in der Organisation und in den tariflichen Festsetzungen; 2. Mitbestimmungsrecht der gesamten Tarifkontrahenten bei den ordentlichen Tarifabschlüssen durch Einfügung der Urabstimmung über das in den Verhandlungen festgelegte Resultat; 3. Aufnahme verbesserter Schutzbestimmungen für die Vertrauensmänner der Gehilfen, sowie Aufnahme der Betriebsrätebestimmungen in verbesserter Form in den Tarif; 4. Anpassung der Grundlöhne an die bestehenden Verhältnisse; 5. Umgestaltung der Lokalzuschlagsbestimmungen; 6. Verkürzung der Arbeitszeit an Sonnabenden und an den Vorabenden von Festtagen, ferner durchgreifende Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die Gehilfenvertreter werden beauftragt, zur Durchführung dieser Grundsätze die Tarifkündigung einzureichen.

Es wurde ferner Kenntnis genommen von den zur Tarifberatung bereits bekanntgegebenen Anträgen der Prinzipale und die Bereitschaft erklärt, von Organisation zu Organisation näher zu treten, aber unter der Voraussetzung, daß Sonderorganisationen, wie die sogenannte Abwehrorganisation der Prinzipale, beseitigt werden und der Tarif auch wirklich den in den Zeitverhältnissen begründeten Anforderungen entspricht. Endlich erklärt sich die Generalversammlung einverstanden, daß der Schaffung eines einheitlichen Manteltarifs für das gesamte graphische Gewerbe nähergetreten wird.

Bei Besprechung des Verhältnisses zum Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund traten wiederum die gegensätzlichen Auffassungen scharf hervor. Am Schlusse der Besprechung wurde eine Erklärung für eine baldige zeitgemäße Reform der Sozialgesetzgebung, insbesondere der Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung angenommen, ebenso ein Antrag, daß die Generalkommission dem Reichsbunde der Arbeitsinvaliden weitgehendste materielle und moralische Unterstützung gewähren soll.

Gegen die Redaktionsführung des „Korrespondent" wurden von der Opposition ebenfalls mancherlei Einwände und Angriffe erhoben, gegen die sich der Redakteur Krahl entschieden verteidigte. Ein Mißtrauensvotum gegen die Redaktion und ein Antrag, die Redaktion der Zensur des Vorstandes zu unterstellen, wurden abgelehnt. Der Abonnementspreis wird ab 1. Oktober auf 1,50 Mark erhöht, ebenso werden die Insertionspreise hinaufgesetzt.

Zum Punkt Internationaler Buchdruckerkongreß wurde eine Resolution angenommen, die der organisierten Arbeiterschaft der ganzen Welt brüderliche Grüße entbietet und erklärt, daß der Verband der deutschen Buchdrucker den Bruderorganisationen der ganzen Welt die Hand zur Wiederaufrichtung der internationalen Beziehungen reicht. Ferner wird gegen die Schandwirtschaft in Ungarn protestiert und den ungarischen Brüdern besondere Sympathie ausgesprochen.

Nach Entgegennahme eines Referats über den Bildungsverband der deutschen Buchdrucker wurde die Frage des Zusammenschlusses der graphischen Organisationen behandelt und eine Resolution angenommen, in der die bisherigen Schritte in dieser Richtung gebilligt, die vereinbarten Satzungen des Graphischen Bundes anerkannt werden und der Vorstand beauftragt wird, die für den organisatorischen Zusammenhang der graphischen Arbeiter notwendigen Vorbedingungen zu schaffen.

Inzwischen waren die Kommissionen endlich mit ihrer Arbeit fertig geworden und konnten die Anträge zum Statut behandelt werden. Die Vorlagen wurden mit geringen Aendrungen angenommen. Die parteipolitische und religiöse Neutralität wird beibehalten. Neu ist in den Zwecken des Verbandes die Erstrebung einer gemeinwirtschaftlichen Produktionsweise.

Im Prinzip erklärt sich die Generalversammlung dafür, daß die Unterstützungseinrichtungen vom Verband abgetrennt und gesondert geführt werden. Die weitern Vorbereitungen werden dem Vorstand überlassen. Im übrigen werden durch eine angenommene Resolution die Unterstützungen als notwendige Hilfsmittel im wirtschaftlichen Kampf erklärt, deren Aufrechterhaltung erst wegfallen kann, wenn der Ausbau der Sozialversicherung so weit gefördert ist, daß jeder Erwerbstätige gegen wirtschaftliche Not ausreichend gesichert ist. Die neuen Unterstützungssätze treten am 27. Juni in Kraft. Der Verbandsbeitrag wird vom genannten Tage an auf 8.50 Mark erhöht. Die von der Lehrlingskommission vorgelegten Satzungen einer Lehrlingsabteilung wurden gutgeheißen. Die Abteilung tritt am 1. Oktober ins Leben.

Als Ort der nächsten Generalversammlung wurde Leipzig bestimmt. Eine Resolution gegen den Papierwucher wurde angenommen, ebenso ein Antrag, der Maßnahmen in der Arbeitslosenfrage und gegen das Ueberstundenschinden fordert. Einige Anträge auf Ersatz der Kosten für wilde Streike wurden abgelehnt.

Bei den Wahlen wurden gewählt: Erster Vorsitzender Seitz, zweiter Vorsitzender Krautz (Essen); Kassierer Eifler und Schweinitz; Hauptverwalter Glaser; Sekretäre Fülle und Höhne. Als Redakteure wurden wiedergewählt Schäffer, Helmholz und Krahl. Die Opposition hatte als zweiten Vorsitzenden Vierath (Berlin) vorgeschlagen, der es bis auf 61 Stimmen brachte; als Redakteur für Krahl hatte sie Böttcher (Leipzig) vorgeschlagen, der mit 48 gegen 98 Stimmen unterlag. Damit waren die Arbeiten des Verbandstags nach 11tägiger Dauer erledigt. —

Notizen.

Abschied im Reichswirtschaftsministerium. Der bisherige Reichswirtschaftsminister Genosse Robert Schmidt hat sich am Sonnabend von seinen Beamten mit einer Rede verabschiedet, in der er u. a. folgendes ausführte: In schwerer Zeit hätten alle seine Mitarbeiter weit über ihre Pflicht hinaus gearbeitet und ihre ganze Person dafür eingesetzt, aus den Trümmern des Krieges die Wirtschaft neu zu gestalten und zu formen. Was in der kurzen Zeit möglich war, sei geleistet worden, und es berechtige zum Vertrauen in die Zukunft der deutschen Republik, wenn das Angefangene weiter entwickelt werde. Namens der gesamten Beamten und Angestellten des Ministeriums und aller ihm nachgeordneten Behörden dankte Staatssekretär Dr. Hirsch dem Minister; erst spätere Zeiten würden einmal gerechter über die sachliche Arbeit des Ministeriums urteilen, als es jetzt vielfach geschieht. Unter unendlich schwierigen Verhältnissen, mit zerrissenen Grenzen, bei niedergebrochener Arbeitswilligkeit habe Minister Schmidt zuerst in den wildesten Tagen der Revolution und dann wieder in den schwierigsten Verhältnissen des vorigen Sommers die Leitung der deutschen Wirtschaftspolitik übernommen. Der allseitig angekündigte Zusammenbruch der Kohlenversorgung, der Ernährungswirtschaft und die völlige Vernichtung der deutschen Valuta seien vermieden worden. —

Arbeitsminister Dr. Brauns. Die angekündigte Ernennung des Zentrumsabgeordneten Dr. Brauns zum Reichsarbeitsminister ist nunmehr erfolgt. Dr. Brauns ist Theologe, war Kaplan in Krefeld und seit 1900 Direktor des Volksvereins für das katholische Deutschland in München-Gladbach. In der Nationalversammlung war er Vorsitzender des Ausschusses für Volkswirtschaft. —

Ministerialdirektor Rauscher beurlaubt. Der Reichskanzler hat den Pressechef der Reichsregierung, Genossen Rauscher, auf dessen Wunsch beurlaubt. — Auch der stellvertretende Pressechef, Genosse Breuer, ist in Urlaub gegangen. —

Oberpräsident Noske. Der frühere Reichswehrminister Genosse Noske ist zum kommissarischen Oberpräsidenten von Hannover ernannt worden. —

Gemeindewahlen Groß-Berlin. Die amtlichen Feststellungen des Wahlergebnisses der Stadtverordnetenwahlen in Groß-Berlin liegen vor. Danach haben Sozialdemokraten 39 Mandate, Unabhängige 87, die Deutsche Volkspartei 40, die Deutschnationalen 26, die Demokraten 16, die Wirtschaftliche Vereinigung und das Zentrum je 8 und der Bund für Handel und Gewerbe 1 Mandat erhalten. —

Moderne Botschafter. Der neuernannte französische Botschafter Laurent erklärte einem Vertreter des „Matin", Millerand habe ihm gesagt: „Sie haben dort eine ähnliche Rolle zu spielen wie Pouyer-Quertier im Jahre 1871. Aber während dieser im Namen eines besiegten Volkes sprach, werden Sie im Namen eines Volkes sprechen, das gesiegt hat." Laurent fügte hinzu, eine seiner Hauptanstrengungen werde darauf gerichtet sein, für Frankreich Kohlen zu erlangen. Frankreich werde eine ungeheure Wiedergeburt erlangen, wenn es die Kohle erhalten werde, die es brauche. Deutschland könne diese trotz seiner beschränkten Arbeitskräfte liefern. Frankreich müsse sie erhalten. —

Ein internationaler Gerichtshof. Nach einer von Havas veröffentlichten amtlichen Meldung beschloß der beratende juristische Ausschuß des Völkerbundes am Sonnabend, als Sitz des in Artikel 14 des Völkerbundsstatuts vorgesehenen ständigen internationalen Gerichtshofs den Haag vorzuschlagen. Dieser Vorschlag werde zur endgültigen Genehmigung dem Völkerbundsrat unterbreitet werden. Gemäß Artikel 14 des Völkerbundsstatuts soll der Gerichtshof ein internationales Organ darstellen, das Streitigkeiten zwischen einzelnen Staaten und nicht zwischen Individuen zu erledigen hätte. Im Ausschuß sei der Meinung Ausdruck gegeben worden, daß allen Nationen das Recht zustehen solle, die Interessen der Staatsangehörigen selbst vor dem internationalen Gerichtshof zu verteidigen. —

Krassins Mission gescheitert. „Illustrated Sunday Herald" erfährt, Lloyd George habe sich entschieden, Krassin vor Donnerstag, dem Tage seiner Abreise nach Brüssel, eine Unterredung zu gewähren. Das Blatt fügt hinzu, die Mission Krassins sei praktisch gescheitert. Die Regierung von Moskau hätte keine Garantie in betreff der Sicherheit der Waren und Produkte, die ausgeführt werden sollen, geben können.

Die Türkei unterzeichnet nicht. Die türkische Friedensabordnung in Paris hat aus Konstantinopel den Auftrag erhalten, der Entente mitzuteilen, daß die türkische Regierung sich unbedingt weigern werde, irgendeinen Friedensvertrag zu unterzeichnen, der das Land spalte. Die Londoner „Times" meldet aus Konstantinopel, daß die türkische Friedensdelegation die Bestimmungen, die sich auf Smyrna und Thrazien beziehen, ablehne und gegen die Kontrolle der Dardanellen Einspruch erhebe. Ebenso denke die Türkei nicht daran, eine internationale Kontrolle anzunehmen. Was die Süd- und Ostgrenzen betreffe, so würden die neuen durch den Friedensvertrag entstandenen Staaten anerkannt werden, doch verlange die Türkei, in dem Ausschuß, der die Grenzen dieser neuen Staaten bestimmt, vertreten zu sein. Die Türkei meint ferner, daß die türkischen Häfen am Schwarzen Meer nicht an Armenien abgetreten werden sollten. Sie werde ferner gegen die finanziellen Bedingungen des Vertrags Einspruch erheben. Dagegen werde sich die Pforte mit den Maßnahmen des Völkerbundes einverstanden erklären. —

Gegen Wohnungsnot, Bau- und Bodenwucher!

Die baugewerblichen Arbeiterverbände, die Verbände der technischen Angestellten und Beamten sowie der Mieterverein, die Baugenossenschaften, die Siedler-, Kleingärtner- und Heimstätten-Gesellschaften laden zu einer

Großen Demonstrations-Versammlung

am Donnerstag den 1. Juli d. J., nachmittags 5 Uhr, im „Wilhelms-Park", Editharing Nr. 40a ein. — Tagesordnung: 1. Gegen die Wohnungsnot und Massenarbeitslosigkeit. Für die Sozialisierung. Referent: A. Kaufmann, Vorsitzender des Bundes der technischen Angestellten und Beamten. 2. Freie Aussprache. — Es wird erwartet, daß Männer und Frauen zu dieser Protest-Kundgebung in Massen erscheinen.

1481

Die Kommission der Interessen-Vereine und der baugewerblichen Arbeiter-Verbände. Gewerkschaftskartell. J. A.: Franz Lange.

Neue Kurse vom 1. Juli ab

1364

2 Minuten vom Bahnhof entfernt

BRUCK'S

Kaufm. Tages- & Abend-Unterricht

Jahreskurse
Halbjahreskurse
in landw. u. kfm. Buchführ., Handels-Briefwechsel, Rechnen, Stenographie, Maschinenschreiben, Schönschreiben, Deutsch, Englisch und Französisch.

Kaufmännische Privatschule
von
Alfred Bruck Kaufmann **Jenny Bruck** wissensch. gepr. Lehrerin
Magdeburg, Wilhelmstr. 1. Fernspr. 1242.
Jedes vorstehend angeführte Unterrichtsfach kann auf beliebige Dauer einzeln belegt werden.

2 Minuten vom Bahnhof entfernt

2 Minuten vom Bahnhof entfernt

2 Minuten vom Bahnhof entfernt

2 Minuten vom Bahnhof entfernt

Zuschneidekursus.

Gründlicher Unterricht im Zuschneiden und Schneidern. Nachmittags- und Abendkursus. 2450

Frau M. Eichel, Kaiserstr. 46.

Billige gute Schuhe!

Schuhhaus
COORS
Halberstädter Straße 116

Wir gewähren trotz billiger Preise bis Ende Juni auf 2339
schwarze Artikel . . . 10% Rabatt
weiße u. farbige Artikel 20% Rabatt

Ansichtspostkarten empfiehlt die Buchhandlung Volksstimme

Berlinische Feuer-Versicherungs-Anstalt

Gegründet 1812.

Unsre Geschäftsräume befinden sich von jetzt an

Alter Markt 29/30, II

(ehemaliger „Würzburger").

An das Fernsprechnetz sind wir nunmehr unter

Nr. 7084

angeschlossen. Gleichzeitig empfehlen wir uns zum Abschluß von Versicherungen gegen

Feuer- und Einbruchdiebstahlschäden

Magdeburg, im Juni 1920. 2581

Die General-Agentur.
E. Alenfeld & Co.

Fernsprechanschluß
Nr. 2559 1659
Rostholder & Kesten
Magdeburg-Neust., Weinberg 15.

Konzert-Haus

Leipziger Straße 62.

Heute Dienstag den 29. Juni

Gr. Gartenkonzert

(Richard-Wagner-Abend)

ausgeführt vom gesamten Philharmonischen Orchester. Leitung: Kapellmeister Arndt.

Beginn 7½ Uhr abends. 1421

Umzüge

Fahren aller Art — Gepäckbeförderung, ein- u. zweispännig, übernehm. sofort. Bianca Radler, Schönebeckerstr. 8. Telephon 5250 und 2476.

Englische
Zigaretten
Orig.-M., opiumfrei pro Mille Mark **430.00**
echte Goldflake, Deutsche Zigaretten aus hellem Tabak 1354
Rauchtabak rein Ueberseer-Feinschnitt.
u. preiswerte **Zigarren** hat laut. abzugeb.
Wilhelm Rollmann
Bahnhofstraße Nr. 14
— Fernruf Nr. 4040. —

Rauchtabak lose, reine prima Ware, 100 g 4.80. Invalide Ruh, Lemsdorf, Gisleber Straße 1. 1520

Verkäufe.

Noch einige billige **Möbel** von früheren Lagerbeständen
1 Speisezimmer, best. aus Büfett, Speiseausziehtisch, 6 Polsterstühlen, 1 Kredenztisch für nur . . . 2600 ℳ
1 Speisezimmer, ganz schwarz gebeizt, besteh. aus Büfett, Speisetisch, 6 Polsterstühlen, 1 Kredenztisch und 1 Sofa, für nur . . 3200 ℳ
1 Speisezimmer, auch als Wohn- od. Frühstückszimmer zu gebrauchen, schönes, gediegenes, eichenes Zimmer, für nur . . . . . 3500 ℳ
1 Speisezimmer . . 4200 ℳ
1 Speisezimmer . . 5800 ℳ
1 Speisezimmer . . 7500 ℳ
1 Speisezimmer . . 8750 ℳ
1 Speisezimmer . . 10880 ℳ
1 Speisezimmer . . 12560 ℳ
1 Speisezimmer . . 14800 ℳ
1 Speisezimmer . . 16500 ℳ
1 Speisezimmer . . 18900 ℳ
1 Speisezimmer . . 22000 ℳ
1 Speisezimmer . . 26500 ℳ
1420 und teurer.
1 helles Schlafzimmer, best. aus großem Schrank, Waschtoilette, 2 Betten, 2 Matratzen, 2 Nachttischen, für nur 1850 ℳ
1 Schlafzimmer . . . 2200 ℳ
1 Schlafzimmer . . . 2800 ℳ
1 Schlafzimmer . . . 3400 ℳ
1 Schlafzimmer . . . 4200 ℳ
1 Schlafzimmer . . . 5900 ℳ
1 Schlafzimmer . . . 7200 ℳ
1 Schlafzimmer . . . 8600 ℳ
1 Schlafzimmer . . . 12000 ℳ
1 Schlafzimmer . . . 18000 ℳ
und teurer. **Mehrere Herrenzimmer**, ganz besond. aparte Muster, sehr preiswert, für nur 2800, 3400, 4800, 5750, 7600, 9500, 12000, 14300, 18500 ℳ u. teurer. **Salons, Wohnsalons, Damenzimmer.** Wohnzimmer in jeder Preislage von 2200 ℳ an. Küchen in jeder Preislage. Nur solange der Vorrat reicht.

Gustav Jentzsch,
Magdeburg, Breiteweg 150
Kontor-Telephon 2108.
Werkstätten - Telephon 3419.

Kücheneinrichtungen 1400
v. 600 b. 4000 Mk., **Schlafzimmer** v. 4500 Mk. an, echt nußb. **Wohnzimmer, Schreibtische, Sessel, Plüschsofas, Chaiselongues** preiswert
Fey, Schöninger Str. 28

Diwan zu verkauf. Schirmer, Wolfenbüttler St. 11.

Wohnzimmer, Küche und **ein Bett** zu verkauf. bei Brautigam, Dorotheenstraße 19.

Küchenschrank, Wasserbank, Garderobenständer, Nähmaschine zu verkauf. Pasemann, Salbke, Nachtigallenstieg 1.

2schläfr. **Bettstelle** u. **Bett** verkauft Haacke, Händler, Kreatenweg 18. 2578

Ein Lederüberzug zu e. Stockschirm am Sachsenring **verloren.** Abzugeben bei **Kresse, Marienstraße 18, 3 Treppen.** 2579

Ein gebrauchtes **Tafelklavier** hat zu verkaufen **Rittergut Schrieke bei Zielitz.** 2547

Zwei Singer-Rundschiff-Schneidermaschinen 450 ℳ, 1 Singer-Schuhmacher-Armmaschine, wie neu, billig z. verk. **Wiebeck,** Blumenthalst. 5, v. 4 T.

1 Nähmaschine billig zu verkaufen. **Kaue, Fermersleben,** Am Hopfengarten 2.

Herren-Fahrrad m. Gum. u. **Kinderwagen** zu verk. **Deiss,** Turmschanzenstr. 18, H. 5. Tr.

Gut. Herr.- u. Damenr. auch ohne Bereifung, k. Braumann, Papenstr. 15, pt. r. 2583

Perladin

2212

die Perle der Schuhputzmittel.

Kurt de la Porte
Kontor und Lager
Berliner Str. 27. Tel. 3556.

Zentraltheater

Täglich 119
abends 7¼ Uhr

Die Dame vom Zirkus

Dienstag, 6. Juli
25. Aufführung!

Fürstenhof-Prunksaal

Nur noch **2** Tage!
??? Vaini ???
Georg Urban —
Margot Kubsch
9 Grix-Grigorys
Richard Kantz
Herbert u. Schiller
u. d. übrigen Attraktionen.
Anfang 7½ Uhr.

Fürstenhof-Tunnel

Täglich 7½ Uhr
Vorstellung der beliebt. Bayern
Donnerstag den 8. Juli
— Ehrenabend —

Städtische Theater.

Stadttheater 130
Dienstag den 29. Juni
Die Kaiserin.
Anf. 7 Uhr. Ende geg. 10½ Uhr.
Mittwoch: **Die Kaiserin.**

Wilhelm-Theater
Dienstag den 29. Juni, 7¼ Uhr
Erdgeist.
Mittwoch den 30. Juni
Die Büchse der Pandora

Viktoria-Theater.
Dienstag, 29. Juni, 7½ Uhr
Charleys Tante.
Mittwoch: **Kindertragödie.**

Hofjäger

Donnerstag, 1. Juli, nachmittags 4 Uhr, Großes
Kaffee-Konzert
ausgeführt von der Kapelle des Philharmonischen Orchesters unter persönl. Leitung des beliebten Kapellmeisters Paul Arndt.
Tägl. abends 7.30 Uhr
Sensations-Gastspiel der berühmt. Leipziger
Seidel-Sänger
Dir. A. Seidel sen.
Das neue mit Bombenerfolg aufgenommene Elitepropr., u. a.
Besetzt
Original-Burleske der Seidel-Sänger
Schön ist die Jugendzeit
Das mit so großem Beif. aufgenommene lebende Lied sowie d. reichhalt. Programm.
Donnerstag d. 1. Juli Programmwechsel!
Vorverkauf 1425 bei Jacobs, Ulrichsbog.
Tägl. nachm. 4 Uhr
Garten-Konzert.

Auf zum Protest!

Mit dem 20. Mai d. J. ist das neue Lichtspielgesetz in Kraft getreten. Auf Grund desselben dürfen Jugendliche nur für solche Vorstellungen zugelassen werden, welche ausschließlich für Jugendliche bestimmt sind. Wir protestieren nicht gegen das Lichtspielgesetz im allgemeinen, sondern wir fordern unsre Freunde und Gönner auf, gegen das Schutzalter von 18 Jahren zu protestieren und sich in **die Protestlisten** einzuzeichnen, welche in

allen Lichtspieltheatern des Deutschen Reichs

ausliegen.

Weil das Lichtspiel nicht die Schuld an der Verwahrlosung der Jugendlichen trägt, ist uns der Grund auch nicht ersichtlich, weshalb das Schutzalter auf 18 Jahre festgesetzt wurde. Es ist bekannt, daß Jugendliche von 15 bis 18 Jahren als „Erwachsene" gelten wollen. **Nirgendwo** ist aber in der **„gesamten Gesetzgebung"** der Schutz der Jugendlichen auf eine so lange Dauer von Jahren erstreckt wie hier, **nirgendwo** bis zum Alter von **achtzehn Jahren,** wo mancher „Jugendliche" schon selbständig sich ernährt und vielleicht auch noch zum Lebensunterhalte der Familie nicht unwesentlich beiträgt.

Und die Gewerbeordnung unterwirft auch nur die Jugendlichen bis zu 14 bzw. höchstens 16 Jahren ihrem Schutze.

Im weiteren sind ungeheure Rechte von äußerst schwerwiegender Bedeutung den Jugendlichen schon vom 14. Jahre an zugesprochen. **Mit 14 Jahren** kann ein Jugendlicher entscheiden, welcher **Religion** er angehören will, kann aus der **Kirche** austreten, mit 16 Jahren kann er in einen andern **Staatsverband** übertreten, mit 16 Jahren ist er **eidesfähig,** mit 16 Jahren kann er ein **Testament** errichten, mit **16 Jahren,** wenn weiblichen Geschlechts, **kann er heiraten.**

Gerade dieses letztere würde zu einem unhaltbaren Zustand führen: eine 16—17jährige verheiratete Jugendliche, die oft bereits Mutter ist, wäre vom Besuch der Lichtspiele ausgeschlossen, und nur ihr älterer Ehegatte dürfte dieselben besuchen.

Kein Geringerer als Herr **Professor Dr. Brunner,** Referent im Reichswohlfahrts-Ministerium und Zensurbeirat beim Polizeipräsidium Berlin, **derselbe, der als eigentlicher Vater des ominösen Gesetzes anzusprechen ist,** sowie **Geheimrat Dr. Blankenburg,** Vertreter des **Kultusministers** und **Provinzialschulrat der Provinz Sachsen,** sowie **Ministerialdirektor Jahnke** sind die **ersten Opfer des neuen Reichs-Lichtspielgesetzes.**

Den beiden noch nicht 18 Jahre alten Söhnen der beiden letzteren wurde der Zutritt von den verantwortlichen Leitern der Kammerlichtspiele in Berlin, Herren Direktor Hammerstein und Dr. Pauli, verwehrt.

Darüber gerieten Herr Geheimrat Dr. Blankenburg und Ministerialdirektor Jahnke **in große Erregung.** Der gerade hinzukommende Professor **Dr. Brunner veranlaßte** aber, daß **beide Herren ihre Söhne** mit zu den Vorführungen hineinnehmen durften. **Anzeige wurde bei der Staatsanwaltschaft erstattet.**

Der Tatbestand ist gegeben!

Wir fordern **gleiches Recht für alle!** Oder haben hochgestellte Persönlichkeiten immer noch mehr Recht?

Ja sogar Herr Prof. Brunner bezeichnet jetzt **wörtlich** die Heraufsetzung des Alters der Jugendlichen auf 18 Jahre

als Unsinn!

„Darum heraus zum Protest!"

Kommt alle, ihr Freunde und Gönner, gebt uns eure Unterschrift und beweist, daß ihr nicht gegen uns, sondern mit uns seid, wenn es gilt, euch eure Unterhaltungsstätte zu erhalten.

Dieser Protest gilt zu gleicher Zeit gegen die ungeheure Bedrückung durch die fast in allen Orten einsetzende Bewegung zur Erhöhung der Eintrittskartensteuer.

Bürger, Geschäftsleute, Handwerker, Arbeiter!

Alle, die ihr nach des Tages Last und Mühen in dieser trostlosen, erbärmlichen Zeit eine Stunde der Erholung und Unterhaltung, zur Ablenkung eurer trüben Gedanken sucht, euch tut und will man euer bißchen Vergnügen derartig durch hohe Eintrittskartensteuer verteuern, daß die Existenzfähigkeit sämtlicher Lichtspielbetriebe ohne Zweifel in Frage gestellt wird und 100 000 Arbeitslose aus unsrer Branche Arbeitslosenunterstützung beziehen müssen.

Reichsverband deutscher Lichtspiel-Theater-Besitzer E. V.

Sitz Berlin

Ortsgruppe Magdeburg

Otto Wohlfarth, Burg, 1. Vorsitzender.

115

Kammer-Lichtspiele

Heute bis einschl. Donnerstag

NACHTASYL

Gewaltiges Drama in 6 Akten.
Hauptdarsteller:
Maria Forescu, Fritz Spira, Friedr. Kühne
Regie: Rudolf Meinert.

2 Sensations-Filme

Eine Demimonde-Heirat

Das Schicksal einer Ehe nach dem gleichnamigen Stück von Augier in 6 Akten.

In den Hauptrollen:
Lia Mara, Lita Grüning, L. v. Lebedour, Heinrich Peer. Regie: Dr. Martin Zickel.
Beginn: Sonntags 3 Uhr, wochentags 6 Uhr, Ende 10.45 Uhr. Beginn der Abendvorstellung 8½ Uhr.
Jeden Sonntag von 11 bis 1 Uhr **Frühvorstellung**

Meister Lampe — beliebter — **Rauchtabak.**

Zirkus-Lichtspiele

ZL

Bis Donnerstag:
Große Abenteuer-Sensation

Die Maske

5 Akte — mit Max Landa — Eva Speyer — Eduard von Winterstein — Gertr. Welcker — A. E. Rückert.

Zaungast des Lebens

Drama in 4 Akten mit
Asti Nordeck — Käthe Dorsch — Margo Köhler.

ZL

Spielzeit von 6 bis 10.45 Uhr
Sonntags von 3 bis 10.45 Uhr

1423

Vogelgesang
Großer Rosenflor.

Reichhalt. kräft. Mittags- u. Abendessen à 1.80 Mk.
Gast- u. Logierhaus „Alte Rose", Schwertfegerstraße 22

Altmärker Hof
— Drömsberg 51. — 2588
Dienstag u. Mittwoch 8 Uhr
Gr. Preiskat.

Stephanshallen
1407 das wirkliche
Volks-Theater.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

Hohenzollernpark

Dienstag den 29. Juni
1429
1. grosses
Kaffeekonzert
ausgeführt von der Kapelle des Feldartillerie-Regiments Nr. 4.
Leitung: Obermusikmeister Velber.

Panorama-Lichtspiele

Heute bis einschl. Donnerstag

Madame Dubarry

Der große historische Prunkfilm aus der Zeit Ludwigs 15. von
Fred Orbing und Hanna Krälly
Regie: Ernst Lubitsch.
In den Hauptrollen: 115
Pola Negri. Harry Liedtke. Emil Jannings.
Ed. v. Winterstein. Reinhold Schünzel.

Im falschen Stock

Entzückendes Lustspiel in 3 Akten.

Beginn Sonntags 3 Uhr, Wochentags 6 Uhr
Ende 10.45 Uhr
Beginn der Abendvorstellung 8.30 Uhr

1409

Raucht Bonitas!

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 149. Magdeburg, Dienstag den 29. Juni 1920. 31. Jahrgang.

Wer soll regieren?

Die unsichere und ungewisse politische Lage nach den Wahlen, die Schwierigkeiten der Regierungsbildung, die zunehmende Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse, der Lohnabzug und viele andre Fragen haben die werktätige Bevölkerung in eine Spannung versetzt, wie sie kaum in den letzten Tagen vor der Wahl in Erscheinung getreten ist. Um die Massen über die Bedeutung der Situation, in der wir uns befinden, aufzuklären, sprach auf Veranlassung der Sozialdemokratischen Parteileitung der Reichstagsabgeordnete unsers Wahlkreises Genosse Gustav Bauer am Sonntag vormittag vor einer Riesenversammlung im Zirkus zu seinen Wählern. Die glänzende, von verantwortungsvollem Ernste getragene Rede übte einen nachhaltigen Eindruck auf die dicht gedrängt den weiten Raum des Zirkus füllenden Zuhörer aus. In die Köpfe vieler enttäuschter Wähler wurde die Erkenntnis eingehämmert, daß sich die alte Sozialdemokratie auf dem rechten Wege befindet und nach wie vor die berufene Vertreterin der Interessen der Arbeiter, Angestellten, Beamten, Kleinbauern und Gewerbetreibenden ist. Die erprobten Parteigenossen wurden mit neuem Kampfesmut erfüllt, sich tatkräftig für die alten wahren Ziele der Sozialdemokratie einzusetzen. Wenn ihnen alle Kreise der werktätigen Bevölkerung nacheifern, dann wird es die Sozialdemokratische Partei sein, die in Deutschland regieren wird.

Der Andrang zu der öffentlichen Versammlung war ein gewaltiger. Lange vor Beginn der Versammlung mußte der überfüllte Zirkus abgesperrt werden, so daß Hunderte keinen Einlaß mehr fanden und umkehren mußten.

Wir lassen hierunter einen ausführlichen Bericht über den Verlauf der Massenversammlung folgen. Nach einigen einleitenden Worten des Genossen Baer führte

Genosse Bauer

etwa folgendes aus:

Der Ausfall der Reichstagswahlen hat eine eigenartige Situation geschaffen. Die Wähler haben noch nicht begriffen, was wir ihnen in der Wahlbewegung immer gesagt haben, daß die Wahlen in einer Republik ganz andre Bedeutung haben als im Obrigkeitsstaat. Das Volk entscheidet bei der Wahl auch, wie es regiert werden will. Und was ist am 6. Juni für eine Entscheidung zustande gekommen? Der Wahlausgang hat eine Regierungsbildung erschwert, ja unmöglich gemacht. Augenblicklich ist ja eine Regierung mit Ach und Krach zusammengesucht worden, aber sie lebt von der Gnade der Parteien, die es ablehnten, mit zu regieren. Große Teile der Wählerschaft haben ihrem Unwillen gegen bestehende Zustände Luft gemacht, ohne zu prüfen, ob die Angriffe auch berechtigt waren, sie wanderten verärgert zu den extremen Parteien nach rechts und links ab, die grundsätzlich das parlamentarische System ablehnen. Und doch hatte die Koalitionsregierung alle Kräfte angestrengt, ihre schwere gewaltige Aufgabe zu erfüllen, das zerrüttete Staats- und Wirtschaftsleben wiederherzustellen und die demokratische Verfassung und die Republik zu sichern. Aber gewaltige Widerstände von rechts und links zeigten sich bestrebt, den Wiederaufbau nach Möglichkeit zu verhindern.

Die reaktionären Kreise nahmen alle Kräfte zusammen, um die Macht der Demokratie zu beseitigen, da diese Regierungsform ja den Wiederaufbau Deutschlands auf Kosten der bisher bevorrechteten Schichten anstrebte.

Die Koalitionsregierung war der Todfeind des Großkapitals.

Deshalb setzte dieses bei der Wahl alles daran, diese Regierung zu beseitigen. Weshalb kämpften denn die rechtsstehenden Kreise so erbittert gegen die demokratische Regierung? Etwa weil diese Koalitionsregierung die Schleppenträgerin des Großkapitals war, wie es die Unabhängigen und Kommunisten immer behaupten? Dann hätten sich doch die Kapitalisten ja gar keine bessere Regierung wünschen können. Nein, weil die Rechtsparteiler sahen, daß diese Regierung Stein für Stein der alten Vorrechte der Junker und Kapitalisten abtrug, deshalb die unbeschreibliche Wut der Reaktionäre gegen diese Regierung.

Die Steuergesetzgebung, die von den Unabhängigen nicht tief genug in den Schmutz gezogen werden kann, hat alle Kapitalisten mit rasender Empörung erfüllt. Bedeutet sie doch nichts andres als eine Konfiskation der hohen Vermögen und Einkommen. Gegenwärtig herrscht eine Erregung über den Lohnabzug bei den Angestellten und Arbeitern. Diese Anordnung des Lohnabzugs ist allerdings

übereilt und fahrlässig.

Der Abzug darf noch nicht erfolgen. Die Bureaukratie des alten Systems hindert eben die Regierung ständig an der richtigen Anwendung der Gesetze. Trotz der großen Bemühungen der Sozialdemokraten in der Regierung ist es schwer, der alten Bureaukratie den Garaus zu machen. Aber die jetzt den Mund über den Lohnabzug aufreißen, und nichts getan haben, um den Einfluß der Sozialdemokraten in der Regierung zu stärken, wie die Unabhängigen und Kommunisten, die haben kein Recht, sich über den Steuerabzug aufzuregen. Die Koalitionsparteien haben sofort einen Antrag eingebracht, den Abzug zu inhibieren. Seine Annahme ist sicher. Gegen den Abzug an sich kann aber nicht geeifert werden. Wenn ihm die Arbeiterschaft Widerstand entgegensetzt, bahnt sie der Reaktion selbst den Weg, mit der neuen Regierung ihr altes Programm von den indirekten Steuern wieder aufleben zu lassen, gegen das die Sozialdemokratie ständig angekämpft hat. Die wochenweise Rabenzahlung ist doch eine Erleichterung in der Steuerentrichtung.

Steuern zahlen müssen wir. Auf demagogische Weise

die Bevölkerung mit dem Lohnabzug aufzuputschen,

ist keine anständige Art des politischen Kampfes. Die Behauptung, die Besitzsteuern stehen auf dem Papier, und von den Arbeitern ziehe man die Steuern ein, ist unsinnig. Man will eben nicht die ungeheuern Schwierigkeiten sehen, die sich bei der Umorganisierung der Steuerverwaltung ergeben haben. Die Steuern sind von den Einzelstaaten auf das Reich übergegangen. Zur Durchführung der umfangreichen Steuergesetzgebung ist ein großer technischer Apparat nötig. Auch die Unabhängigen hätten es nicht anders machen können, auch sie hätten sich erst die Organe schaffen müssen, um von den Besitzenden die neuen Steuern einzuziehen. Wer von den Dingen keine Ahnung hat, sollte Angriffe unterlassen, die unberechtigt sind, und in sich zusammenfallen. Die Wut der besitzenden Klassen gegen die Steuergesetzgebung sollte doch den Arbeitern zu denken geben. Der Wahlkampf der Rechtsparteien war ein

Kampf um die nackten Portemonnaieinteressen.

Er hat für sie Erfolg gehabt, der nicht eingetreten wäre, wenn nicht die Unabhängigen gewesen wären, die viele Wähler durch ihre Diktatur- und Putschgelüste nach rechts getrieben haben.

Weshalb ist das reaktionäre Bürgertum so rabiat geworden, daß „gebildete" Schichten sich in niedrigsten Beschimpfungen gegen die Sozialdemokraten überboten? Weil es erkannte, daß durch die praktische Mitarbeit der Sozialdemokratie und durch ihre zielklare Politik Position auf Position für rechts verlorenging. Auf die Taten, nicht auf die Worte kommt es an. Mit Maulaufreißen ändert man nichts an den politischen Verhältnissen. Die eignen Positionen ausbauen und die der andern schwächen,

dadurch kommen wir vorwärts.

Rechts hat man diese Gefährlichkeit der Sozialdemokratie erkannt. Deutschnationale Redner forderten deshalb in Wahlversammlungen die Arbeiter auf, nicht sozialdemokratisch, sondern unabhängig zu wählen. Sie wußten eben, daß das Anwachsen der Linksradikalen, die ja jede praktische Arbeit ablehnen, die den Reaktionären so verhaßte positive Arbeit der Sozialdemokratie stören würde. Durch den Putschismus von links blüht der Weizen der Gegenrevolution von rechts. Die Rechtspresse schreit ja förmlich nach dem Bolschewismus, um dadurch den Spießer einzuschüchtern. Spitzel der Militaristen und Kapitalisten sitzen in den unabhängigen und kommunistischen Organisationen. Wenn sich die rechtsstehenden Kreise vor einem Linksputsch fürchten würden, trieben sie nicht Agitation für ihn. Sie wissen, daß ein Putsch der Linksradikalen die Reaktion auslösen wird. Selbst unabhängige Führer haben eingesehen, daß die Aktionen der extremen Linken die Kappistenerhebung vorbereitet haben. Kein denkender Mensch kann das bezweifeln. Die Wahlen haben gezeigt, daß das Volk Ordnung haben und von Bürgerkrieg nichts wissen will. Wer mit der Knarre in der Hand die Diktatur aufrichten will, ist ein Verbrecher! (Lebhafter Beifall.)

Die geistige Verwirrung hat weite Kreise des Volkes ergriffen. Das ist nur erklärlich aus den Schrecknissen des Krieges. Die Achtung vor der Person des Mitmenschen ist verlorengegangen. Gewisse Kreise empfinden

Freude über den Bürgerkrieg.

Man glaubt in russischen Zuständen das Heil erblicken zu können. Es gibt eine Menge Fanatiker in Arbeiterkreisen, die glauben, daß in einer Rätediktatur die idealsten Verhältnisse für das Proletariat beständen. Das ist ein Irrtum unseligster Art. Alle amtliche n Sowjetorgane lassen deutlich erkennen, daß das Proletariat im bolschewistischen Rußland jammervoll dahin vegetiert. Diese Tatsache macht es der deutschen Arbeiterklasse zur Pflicht, dem Drängen gewisser linksstehender Kreise mit der größten Erbitterung entgegenzutreten, damit durch die Verwirklichung von Gewaltideen nicht auch noch dasselbe Elend über unser Volk kommt. Man sollte

der Sozialdemokratie Dank wissen,

daß sie sich ständig bemüht, das Volkswohl zu fördern. Man sollte sich einmal klar machen, was sie schon für gewaltige Dienste dem deutschen Volke geleistet hat. Auch die Rechtsparteien, die sich immer noch gebärden, als ob wir den Krieg gewonnen hätten, sollten darüber nachdenken. Militaristen und Reaktionäre haben durch dumme, verbrecherische Streiche unserm Land unermeßlichen Schaden zugefügt. Ihre verkehrte Politik hat ja überhaupt das ganze Elend zur Folge, in dem wir jetzt leben.

Der Friede wäre nicht geschlossen worden, wenn nicht die Sozialdemokratie in der Regierung gesessen hätte. Die Folgen bei einer Fortdauer des Kriegszustandes wären ungeheuer gewesen. Der Feind brannte darauf, Rache zu nehmen für das, was von uns in Frankreich und Belgien gesündigt ist. Die Ablehnung des Friedensschlusses wäre der Untergang des Landes gewesen. Jeder hat die Pflicht, seine Handlungen daraufhin zu überlegen, ob das Volk dadurch Schaden erleidet. Man muß das eigne Empfinden niederkämpfen können, um das zu tun, was

im Interesse des Volkes

liegt. Hätte die Sozialdemokratie nur geschimpft wie die Unabhängigen und andern die Verantwortung überlassen, dann stünde es viel schlimmer um Deutschland. Wer nicht kapitalistisch interessiert ist, muß anerkennen, daß die Sozialdemokratie unter Aufopferung ihrer eignen Existenz dem Volke die größten Dienste geleistet hat. Was fragen dagegen die Militaristen oder die Rätediktatoren nach dem Leide der andern, wenn sie nur ihre verrückten Gewaltideen durchsetzen können.

Die Gewaltanbeter von links und rechts arbeiten sich in die Hände; jeder hofft seine Macht auf Kosten des Volkes aufrichten zu können. Haben die Arbeiter tatsächlich alles vergessen, wofür sie gestrebt haben? Ist die Verfassung, die die Koalitionsparteien geschaffen haben, keine Tat? Rechtfertigt der Kampf der Rechtsparteien gegen die in der Verfassung verankerten Volksrechte nicht allein schon das Zusammenarbeiten der Sozialdemokraten mit bürgerlichen Parteien? Bei den Unabhängigen und Kommunisten ist allerdings solche

positive Arbeit verhaßt.

Sie glauben durch Schimpfen und Beiseitestehen die kapitalistische Weltordnung aus den Angeln heben zu können. Vernünftige Politiker und geschickte Taktiker holen sich Verbündete, wenn sie allein nicht stark genug sind. Auch im Bürgertum gibt es ehrliche Republikaner, das beweist der erbitterte Kampf der Rechtsparteien gegen Zentrum und Demokratische Partei.

Eine geeinte Sozialdemokratie hätte eine so starke Machtposition, daß ohne sie keine Regierung möglich wäre. Durch die Schuld der Unabhängigen hat sich die Situation jetzt zuungunsten des Sozialismus verschoben. Die ganze unsinnige Politik der Unabhängigen verfällt der Lächerlichkeit, vor allem die Forderung nach einer sozialistischen Alleinregierung, in der die Unabhängigen den entscheidenden Einfluß haben. Das kapitalistische Ausland, ohne dessen Hilfe wir nicht leben können, würde eine sozialistische Regierung nicht unterstützen. Würden die Unabhängigen dann mehr Lebensmittel beschaffen können? Würde alles billiger werden? Nein, wir kämen in schlechtere Verhältnisse. Die Ernährungsschwierigkeiten und die Preissteigerungen würden ins Ungeheure wachsen und die Arbeiter würden die Unabhängigen nach ganz kurzer Zeit wieder davonjagen. Eine reinsozialistische Regierung kann sich auf einem zerrütteten Staatswesen nicht halten. Aus einem Schutthaufen kann nicht im Handumdrehen ein blühender Garten geschaffen werden. Mühselige Arbeit ist dazu nötig. Angesichts dieser Tatsache ist die ablehnende Haltung der Unabhängigen gegen den Eintritt in eine Koalitionsregierung mit den bürgerlich-republikanischen Parteien

ein Verbrechen.

Mit einer Gegnerin der republikanischen Verfassung, wie der Deutschen Volkspartei, kann allerdings keine sozialistische Partei in einer Regierung zusammen sein. Jetzt ist nun der Deutschen Volkspartei Gelegenheit gegeben, zu zeigen, wie sie besser regieren kann. Sie wollte ja nach ihren Versprechungen, auf die so viele Wähler hereingefallen sind, die Schieber und Wucherer sofort beseitigen. Ihre „Fachminister" sollten doch Wunderdinge verrichten können. Am liebsten sollen natürlich

alle Minister Angestellte des Großkapitals

sein, das ist ja die Absicht der Reaktionäre. In Spa werden sie zeigen müssen, ob sie größere Fähigkeiten besitzen, als die Sozialdemokraten, um Erleichterungen für das deutsche Volk von der Entente herauszuholen. Das von den Sozialdemokraten mühsam erworbene Vertrauen der Entente zu einer ehrlichen Politik Deutschlands ist durch die Wahlen bereits erschüttert. Die neusten Forderungen der Entente sind ein Beweis dafür. Damit ist der erste schwere Schaden eingetreten, den sich das Volk durch seine verkehrte Abstimmung selbst zuzuschreiben hat. Eine bürgerliche Regierung, in der die Deutsche Volkspartei maßgebenden Einfluß hat, wird kein Entgegenkommen der Entente zu erwarten haben, während einer vorwiegend sozialistischen Regierung ganz erhebliche Erleichterungen des Friedensvertrags sicher gewesen wären. Die maßlose Hetze von rechts und links hat dem Volke diese günstige Chance zerschlagen, so daß wir wohl den Elendsbecher weiter leeren müssen.

Besonders die unabhängigen Wähler werden bald erkennen, wie unsinnig die Führer der U. S. P. gehandelt haben, als sie alle Gewalt den Bürgerlichen überließen. Die unabhängige Partei hat die Errungenschaften der Revolution gefährdet und mit ihrer Unfähigkeit und Rechthaberei jeden Fortschritt verhindert. Ihren Parteifanatismus, die Sozialdemokratie niederzuringen, haben die Unabhängigen höher gestellt als das Wohl der Arbeiterklasse. Wer die Errungenschaften des Volkes nicht gewaltsam zerschlagen will, kann auch die jetzt gebildete neue Regierung nicht von vornherein unmöglich machen. Denn der demokratische Gedanke gewinnt nicht dadurch, daß wir keine Regierung bilden können oder dulden wollen. Das Verhalten der Unabhängigen hat ja doch diese Regierung nur möglich gemacht. Erst zwingen die Unabhängigen die Deutsche Volkspartei in die Regierung und dann sind sie nicht einmal zufrieden, sondern wollen sogar noch den Block aller bürgerlichen Parteien. Wenn wir die neue Regierung nicht zunächst dulden, bekommen die Deutschnationalen das Heft in die Hand. Auch in den Reihen der Unabhängigen bricht sich die Erkenntnis Bahn, daß man

wieder einmal eine furchtbare Dummheit

gemacht hat. Kautsky wendet sich nämlich in schärfster Weise gegen die Enthaltsamkeit der Unabhängigen Partei und sagt, daß die Arbeiterschaft die Machtpositionen, die sie sich geschaffen hat, ausnutzen und infolgedessen eine Koalitionsregierung mit Bürgerlichen eingehen muß.

Statt diesen Rat ihres erfahrenen Führers zu befolgen, sucht die unabhängige Parteileitung immer neue Gründe, um den Bruderkampf zu rechtfertigen. Einig auf dem Boden des Erfurter Programms wäre die Sozialdemokratie eine ungeheure Macht. Der Mangel an Verantwortungsgefühl bei den Unabhängigen verhindert es bis jetzt, diese Macht in die Wagschale zu werfen. Darüber müssen wir de Volksmassen aufklären.

Der alte Geist des Kampfes und der Ueberzeugungstreue muß uns wieder erfüllen. Die Lauheit gegen die Gewaltpolitiker von links muß verschwinden. Der berechtigte Ekel, sich mit den Arbeitskollegen herumzuschlagen, muß überwunden werden.

Wir lassen uns nicht an die Wand drücken.

Wir wollen dem Volke zeigen, wo die wirklichen Verräter der Arbeiterklasse sitzen. Dazu brauchen wir auch die Arbeiterpresse. Im eignen Interesse muß daher jeder Arbeiter unser Parteiblatt halten. Er muß es unterstützen, damit es der Verseuchung der öffentlichen Meinung durch die Stinnespresse wirksam entgegentreten kann. Wir müssen die Mehrheit der Köpfe revolutionieren. Weiteste Kreise müssen einsehen lernen, daß wir Sozialdemokraten das Richtige wollen.

Wissen ist Macht. Deshalb müssen wir mit der alten Aufklärungsarbeit von vorn beginnen, denn nur ein kleiner Teil des Proletariats ist erst sozialistisch durchgebildet. Bringen wir den breitesten Schichten des Volkes politisches und wirtschaftliches Wissen bei, dann werden auch die politischen Fragen wichtiger entschieden werden, als bei der Wahl am Fragen richtiger entschieden werden, als bei der Wahl am in die Hände gespielt werden, wie es jetzt durch Kommunisten und Unabhängige geschieht. Also mit frischem Mut an die

geistige Aufklärung des Volkes,

damit die zielklare Politik der Sozialdemokratie sich durchsetzen kann.

Die Aussprache brachte nicht viel Neues. Nur Doktor Thesing von den Unabhängigen meinte, daß die U. S. P. ihr eignes Todesurteil unterschrieb, wenn sie in eine Koalitionsregierung eintreten würde. Vorübergehend sei allerdings eine Koalition vor Bürgerlichen und Sozialisten möglich, aber nur von außen, nicht in der Regierung.

Im Schlußwort ging Genosse Bauer zunächst auf die von den Sozialdemokraten beantragte Amnestie ein. Es sei vorerst nur an eine politische Amnestie gedacht. Sie auch auf die Begehung von Straftaten auszudehnen, die durch die Verhältnisse des Krieges zu erklären sind, bedarf doch wohl erst sehr reiflicher Ueberlegung. Dann setzte sich der Redner wirksam mit Dr. Thesing auseinander. Er sagte ihm, daß in der Praxis die Sache immer anders aussieht als in der Theorie. Es ist unlogisch, daß man Machtpositionen auf einen Schlag erringen und auch behaupten kann. Nur langsam und schrittweise geht der Kampf der Arbeiterklasse vorwärts, sonst kommt ein Rückschlag und die Kosten der

Experimente von Phantasten

muß das arbeitende Volk bezahlen. Wir können uns nicht einfach absondern vom Bürgertum, sondern müssen dessen Ein-

richtungen ändern. Das bedeutet keinen Verzicht auf den Kampf gegen den Kapitalismus. Im Gegenteil, wir schieben dadurch überall unsre Positionen hinein, werden ständig stärker, bilden uns auf allen Gebieten heran und können dann schließlich und endgültig die ganze Macht übernehmen.

Wenn nur die Arbeiter einig sein wollten, dann wäre auch die Republik gesichert. Aber wenn es mit der Rätediktatur oder Putscherei so weitergeht, dann verliert der Sozialismus mehr und mehr an Werbekraft. Lediglich von der Vernunft der Unabhängigen und Kommunisten hängt es ab, ob der Gedanke des Sozialismus in den Schichten des Bürgertums an Boden gewinnt. Halten wir darum fest an den alten Programmsätzen der Sozialdemokratie: Nur auf dem Wege der Demokratie können wir zum Sozialismus kommen. Einigkeit im Ziel und im Handeln, dann geht es vorwärts. (Stürmischer Beifall.)

Zum Schlusse wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Die am 27. Juni von der Sozialdemokratischen Partei einberufene öffentliche Versammlung, die von mehreren tausend Personen besucht ist, protestiert gegen das Marburger Urteil, das Mörder straflos läßt und damit friedlichen Bürgern den notwendigen gesetzlichen Schutz vor Gewaltmenschen entzieht. Die Versammlung sieht in dem Urteil einen der zahlreichen Auswüchse der Militärgerichtsbarkeit. Das Militärgerichtswesen als eine Einrichtung des alten Deutschlands der Militärgewalt ist des freien republikanischen Deutschlands unwürdig.

Die Versammlung fordert deswegen vom Reichstag:

1. eine Revision des Marburger Urteils zu erwirken,
2. unverzüglich die Aufhebung des Militärgerichtswesens zu beschließen.

Ein Zusatzantrag fordert, für die Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften einzutreten, die während des Kapp-Putsches im Verein mit den Gewerkschaften gegen die Staatsstreichler aufgetreten sind und nun infolge ihres verfassungstreuen republikanischen Verhaltens existenzlos auf der Straße liegen.

Die machtvolle Kundgebung für die alte Sozialdemokratie wurde darauf kurz nach 1 Uhr vom Genossen Baer mit der Aufforderung geschlossen, eifrig Anhänger für die Sozialdemokratische Partei und die „Volksstimme" zu werben. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 28. Juni 1920.

Eine Magdeburger Spitzelgeschichte.

Die „Magdeburger Volkszeitung" beschäftigt sich seit einiger Zeit mit einer Angelegenheit, die sich jetzt als eine Spitzelgeschichte zu entpuppen scheint. In der Ausgabe vom 5. Juni brachte die „Volkszeitung" einen längern Artikel, der sich mit einer Waffenschiebung beschäftigte. Am 19. Mai wurden danach in Magdeburg mehrere Personen verhaftet, weil sie an einer Waffenschiebung beteiligt sein sollten. Kurz Zeit wurden sie wieder freigelassen. Die Vorgeschichte der Verhaftung soll folgende sein:

Ein hiesiger Schneider und ein Kaufmann erfahren, daß jemand Gewehre zu kaufen sucht. Sie vermuten reaktionäre Treibereien und stoßen bei ihren Nachforschungen nach dem angeblichen Aufkäufer auf den Russisch-Polen Hermann Beibus, Bahnhofstraße 49a. Dieser gab an, die Gewehre für einen russischen Major kaufen zu wollen und stellte auch einen Polen als Adjutanten des Majors vor.

Als der Schneider und der Kaufmann sich bereit erklärten, die Gewehre zu beschaffen, wenn sie eine größere Summe Geld erhielten, händigte ihnen Beibus einen Scheck über 10 000 Mark aus, der nach der Aussage des Beibus von dem Polizeikommissar Nickel stammen soll. Der Scheck trug die Nummer 6339 und war ausgestellt auf die Braunschweiger Bank in Quedlinburg. Die Annahme des Schecks wurde abgelehnt, darauf gab Beibus 5000 Mark in bar, das die beiden an die Lieferanten der Gewehre weitergaben, die es aber verzechten. Beibus hatte sein Geld verloren und die beiden Vermittler verhaftete man, um sie bald darauf wieder freizulassen. Die „Volkszeitung" knüpfte an diese Darstellung des Tatbestandes noch verschiedene Vermutungen und erhielt darauf von der Kriminalpolizei folgende „Berichtigung":

Der Russe Beibus zeigte bereits in der ersten Woche des v. M. eine bevorstehende Verschiebung von Heeresgut an und erbat sich die Hilfe der Kriminalpolizei. Neben der polizeilichen Unterstützung wurde ihm die für Erfassung von Heeresgütern ausgesetzte Belohnung von 10 Prozent des Wertes des fraglichen Gegenstandes zugesagt. Die Verhandlungen des Russen mit den Vermittlern haben zwei Kriminalbeamte im Nebenzimmer, von letztern stets unbemerkt, belauscht. Die Vermittler verlangten 10 000 Mark Anzahlung für eine zu liefernde größere Anzahl von Gewehren. Ein Scheck über 10 000 Mark wurde als Zahlungsmittel abgelehnt. Beibus lieh sich von einem seiner Bekannten 5000 Mark, die er trotz der Warnung des Kriminalbeamten gegen Quittung dem Schneider Wallmann aushändigte. Dieser übergab 2000 Mark dem Schneider Körner, 500 Mark seinem Freunde Löffner, angeblich je 1000 Mark dem ihm mit Namen unbekannten Kutscher, der die Waffen fahren, und dem unbekannten Depotarbeiter, der die Waffen herausgeben sollte, und behielt 500 Mark für seine eignen Vermittlergebühren. Körner betrank sich am Himmelfahrtstag für die 2000 Mark derart, daß er überall von der verabredeten Waffenschiebung erzählte und die andern Teilnehmer deshalb von ihrem Vorhaben Abstand nahmen. Beibus verlangte vergebens die 5000 Mark zurück und erstattete darauf Anzeige wegen Betrugs. Die Gerichtsverhandlung wird weitere Aufklärung bringen, ob die Beschuldigten die Absicht hatten, einen Betrug auszuführen, oder ob sie wirklich Waffen stehlen und verschieben wollten. Eine Privatklage des Kapplan, um Ersatz der 5000 Mark gegen Beibus, wird den Beweis über die Herkunft des Geldes liefern.

Eine ausreichende Aufklärung erfährt die Sache durch die Richtigstellung noch nicht. Ueberhaupt ist daran noch vieles dunkel. Uns wird aber von maßgebender Seite mitgeteilt, daß der Oberpräsident eine strenge Untersuchung angeordnet hat. Der Polizeipräsident ist zum Bericht aufgefordert worden. Ueber die Ergebnisse der Untersuchung muß die Oeffentlichkeit hinreichend unterrichtet werden. Das ist dringend notwendig. Diese Veröffentlichung ist zugesagt. —

Ohne die Sozialdemokratie geht's nicht!

Jeder Tag zeigt dem Volke, daß ohne die Sozialdemokratie an ein Wiederaufrichten des deutschen Volkes nicht zu denken ist.

Tägliche Aufklärung

über politische Notwendigkeiten
im sozialdemokratischen Sinne
finden alle Volksgenossen in der

Volksstimme.

Jeder Arbeiter, Angestellte und Beamte, jeder am Sozialismus Interessierte muß

Leser der Volksstimme

sein.

5½ Millionen Mark für die Schönebecker Straße.

Der Magistrat unterbreitet den Stadtverordneten eine Vorlage, in der er um die endgültige Bewilligung der Baukosten für den Ausbau der Schönebecker Straße sowie der Straßen Alt-Fermersleben, Alt-Salbke und Alt-Westerhüsen ersucht. Die Stadtverordneten hatten in der Sitzung vom 8. April 1920 beschlossen, den Bau der Vorortbahn und den Ausbau der Straßen beschleunigt fortzusetzen. Wegen Mangel an Schienen sollte die Bahn streckenweise nur eingleisig verlegt und vor den Grundstücken der Maschinenfabrik R. Wolf und der Eisenbahnhauptwerkstätte in Salbke ein besonderer zweigleisiger Bahnkörper zwecks Verwendung von Vignolschienen angeordnet werden. Die Gesamtkosten für den Straßenbau gibt der Magistrat nach den Materialpreisen und Arbeitslöhnen vom März 1920 mit 1 500 000 Mark + 2 955 000 Mark = zusammen 4 455 000 Mark an.

Inzwischen ist es gelungen, durch unmittelbare Verhandlungen mit den zuständigen Stellen die Lieferung der Schienen in einem Umfange sicherzustellen, der es ermöglicht, die Vorortbahn auf der Strecke von Buckau bis zur Schleswiger Straße in Westerhüsen sofort zweigleisig auszubauen. Die Vorortbahn-A.-G. hat daher im Einverständnis mit Magistrat und Kleinbahnausschuß die Absicht, gleichzeitig mit dem Straßenbau auch das zweite Gleis zu verlegen. Mehrkosten bezüglich des Straßenbaues sind hiermit nicht verbunden; die gleichzeitige Verlegung auch des zweiten Gleises bietet anderseits aber den Vorteil, daß späterhin die Straße nicht nochmals zwecks Verlegung dieses Gleises aufgebrochen werden muß.

Nachdem nunmehr die Entscheidungen über die aus Reichs- und Staatsfonds zur Durchführung der Arbeiten zur Verfügung gestellten Zuschüsse eingegangen sind, hat der Magistrat nochmals unter Zugrundelegung der Arbeitslöhne und Materialpreise von Ende Mai d. J. die Gesamtkosten für den Straßenbau festgestellt. Sie betragen insgesamt 6 455 000 Mark, hiervon sind abzusetzen: a) der von der Vorortbahn gemäß Vertrag vom 25. September 1915 zu zahlende Pauschbetrag für Herstellung der zweigleisigen Bahnunterbettung von 228 000 Mark; b) die von Reich und Staat endgültig bewilligten Ueberteurungszuschüsse von insgesamt 210 500 Mark. Es bleiben damit noch 6 016 500 Mark. Hiervon sind gedeckt und von der Stadtverordneten-Versammlung bewilligt 345 500 Mark, mithin sind noch zu decken 5 671 000 Mark.

In dem Bestreben, die Kosten zu ermäßigen, hat der Magistrat bereits im Beginn des Frühjahrs 1919 durch die ganze Länge der in Betracht kommenden Straßen eine Feldbahn mit Lokomotivbetrieb zum Transport der zu bewegenden Bodenmassen sowie aller Baustoffe verlegt. Außerdem hat er im Vorlande der Elbe im Katzenwerder auch bereits im Frühjahr v. J. eine eigne Kiesgrube, zu der die Feldbahn herangeführt ist, erschlossen und deckt aus dieser den Gesamtbedarf an Sand und Kies für die Baustellen. Durch diese Maßnahmen war es möglich, die Baukosten wesentlich einzuschränken; die Ersparnisse würden allerdings noch erheblich größer gewesen sein, wenn nicht infolge der durch den Mangel an Schienen bedingten Einstellung des Baues die Feldbahn mehrere Monate hätte stillgelegt werden müssen.

Die Stadtverordneten werden ersucht, die geforderte Summe von 5 671 000 Mark aus Anleihemitteln zu bewilligen. —

— **Die 14. Sitzung der Stadtverordneten** findet am Donnerstag, nötigenfalls mit Fortsetzung am Freitag, jedesmal nachmittags 4¼ Uhr, im Altstädter Rathaus statt. Die Tagesordnung umfaßt 53 Punkte. Neben kleineren Vorlagen wird der Bebauungsplanentwurf für das Gelände nordwestlich der Wilhelmstadt beraten werden. Weiter wird die Bewilligung einer zweiten Rate von 150 000 Mark für die Fortsetzung der Erd- und gärtnerischen Arbeiten auf dem neuen Friedhof in Westerhüsen, die endgültige Bewilligung der Baukosten für den Ausbau der verlängerten Schönebecker Straße sowie der Straßen Alt-Fermersleben, Alt-Salbke und Alt-Westerhüsen und die Erhöhung des Kredits für die Sanierung der Standpfeiler der Sternbrücke um 4 130 510 Mark gefordert. Außerdem stehen Haushaltpläne zur Beratung. —

— **Steuerabzug vom Arbeitslohn.** Das Finanzamt schreibt uns: Natural- und sonstige Sachbezüge sollen in Abänderung bisheriger Bestimmungen wegen Berechnungsschwierigkeiten erst vom 1. August an dem Steuerabzug unterliegen. Nähere Bestimmungen bleiben vorbehalten. Dagegen ist Abzug vom Barlohn gemäß den erlassenen Bestimmungen vom 25. Juni ab durchzuführen. —

— **Eine Hochschule für Wohlfahrtspflege.** Im Herrenhause fand am Freitag die Generalversammlung des Preußischen Landesvereins vom Roten Kreuz statt. Generalsekretär Dr. Thode sprach über „Das Rote Kreuz und die moderne Wohlfahrtspflege". Es seien Bestrebungen zur Gründung einer Akademie der Wohlfahrtspflege im Gange, um zur sozialen Fürsorge berufenen Männern, wie Aerzten, Lehrern, Richtern, die Möglichkeit sozialer Durchbildung zu geben. —

Wilhelm Picard.

Von J. Steiner-Jullien. Nachdruck verboten.

(10. Fortsetzung.)

Geduckt und furchbar lag die Vergangenheit über uns. Wir hofften, sie wäre tot. Sie aber wuchs und wuchs, und mit ihr wuchsen ihre Krallen und ihre Hauer und ihre Blutgier."

Sie weinten. Und das war das furchtbarste. Die zwei Alten, die die Jahre gebeugt, niedergedrückt von der Last des Schreckens, sie weinten, und aus den schmerzvoll geöffneten Augen tropften die Tränen, still und unaufhörlich.

Wilhelm konnte das nicht mehr mitansehen. Er wollte etwas sagen, ein Trostwort, weinen mit ihnen, sich die von entsetzlichem Schmerz gefüllte Brust erleichtern; doch kein Wort kam über seine zitternden Lippen. Das Grauen hatte ihn an der Kehle gepackt und wollte ihn würgen.

Und die beiden Alten fuhren fort.

„Wir haben sie immer gefürchtet, die blutgierige Vergangenheit und gehofft, sie werde Erbarmen haben mit der unschuldigen Jugend; sie werde vielleicht begreifen, daß ihr nichts gemein habt mit ihr; daß nur wir, nur wir allein sie gereizt hatten. Sie hat uns zerrissen und zerstückt. Vielleicht ist sie nicht gesättigt, dachten wir.

Aber sie war es, die uns gemordet hat. Wir haben an sie nicht gerührt. Mit unserm Blute haben wir sie getränkt, mit unserm Fleische genährt; wir haben es über uns ergehen lassen.

Was hätten wir tun sollen? Weißt du, was wir hätten tun sollen? . . .

Sie sahen ihn an, mit großen, brennenden Augen. Wilhelm wußte nichts zu sagen. Und plötzlich reckten sie sich und wuchsen und wurden riesengroß. Die Rächer der Menschheit, der gepeinigten, in ihrem Blute gemordeten Menschheit, standen vor ihm.

„Zwischen unsre Fäuste hätten wir sie nehmen sollen, das Knie auf die Brust, und sie erwürgen! Erwürgen! Das Scheusal, die blutdürstige Metze!"

Sie sanken wieder zusammen.

„Wir haben es nicht gewagt, wir waren zu feig. Wir hätten euch wenigstens warnen, euch erziehen sollen, auf daß ihr auf eurer Hut seid, auf daß ihr die Kraft habt, sie niederzuschlagen, sie zu erwürgen, wenn sie wieder hervorbrechen sollte.

Was aber taten wir?

Wir haben weder den Mut gehabt, mit der Vergangenheit aufzuräumen, noch die Einsicht, euch die Kraft einzuflößen, sie an unsrer Statt zu töten.

Und nun ist sie da!"

Ihr Schrei, aus dem Entsetzen, ohnmächtiger Grimm, Empörung und Trauer klangen, hallte furchtbar wider in den leeren Gefängnismauern.

„Weißt du, was das bedeutet?

Seit die Menschheit ringt, um zu besitzen und die Macht des Besitzes sich zum Ziele gesetzt hat, mächtig scheinen will, statt mächtig in sich selbst zu sein, seitdem hat es Kriege gegeben.

Und die Menschheit ist mächtig und reich geworden. Und mit der Macht und dem Reichtum wuchs ihr Unglück. Denn alle und jeder glaubten sich nur mächtig in der Ohnmacht des Nachbars und reich in der Armut des Unterdrückten. Und mit dem Reichtum der Menschheit wuchs die Ohnmacht der Armen, mit ihrer Macht die Hilflosigkeit der Unterdrückten.

Und mit ihnen wuchs die Furcht, der Haß und der Neid: die Menschheit ist unglücklich geworden.

Die Reichen fürchteten die Armen und ihre wachsende Zahl; die Armen und Machtlosen beneideten die Reichen und haßten sie. Denn die Macht der Reichen erzeugt die Ohnmacht der Armen.

Und dies ist der Krieg.

Denn der Mächtige glaubt seine Macht nur in Sicherheit, wenn keine andre Macht ihm widerstehen kann, und der Arme wird seine Armut empfinden, solange es neben ihm Reiche gibt.

Noch nie aber hat es so viel Macht und Reichtum in der Welt gegeben denn jetzt.

Und darum wird dieser Krieg der grausigste, der blutigste aller Kriege sein, die je gewesen sind.

Denn der Haß und der Neid, die mit der Macht und dem Reichtum gewachsen sind, gewachsen zu unergründlichen Tiefen, sie werden aufgerüttelt und aufgewühlt werden und die Menschheit mit ihrem Gift überschwemmen und sie bluttrunken machen.

Und aus dem noch größern Elend wird die Gier nach Macht aufsteigen, nach unbestrittener, unwiderstehlicher Macht.

Und nicht zu Hunderten und Tausenden, zu Hunderttausenden und zu Millionen werden die blühenden Menschenleben dieser Gier nach Macht zum Opfer fallen.

Und die Menschheit, alles Denkens und Fühlens beraubt, wird ihre eigne Vernichtung und die Vernichtung ihres Glücks preisen, als das Ziel ihres gemeinsamen Strebens.

Und alles, was ihr heilig, lieb und teuer war, wird sie in den blutigen Morast treten. Die eheliche Liebe wird kaum geduldet werden, die Mutterliebe wird unterdrückt werden, die Nächstenliebe wird ein Verbrechen scheinen.

Doch damit wird es nicht genug sein.

Tausend und tausendmal größere Verbrechen werden geschehen.

Der gefallene Feind wird nicht mehr geehrt werden. Der Mord, der tausendfache Mord, wird geheiligt und gepriesen werden. Das Genie der Menschheit wird nur noch Mordinstrumente erfinden und die Berühmtesten werden sein die Erfinder und Organisatoren des Mordes in immer größeren Massen.

Aber alle diese Verbrechen sind nichts, sind nur Verirrungen neben dem Grausigsten des Grauens: Die Mütter, die nur leben für das Leben ihrer Kinder, sie werden gezwungen werden, die Qualen ihrer Kinder und ihren gräßlichen Tod, aus tausend Wunden blutend, verstümmelt und zerstückt, die Mütter werden gezwungen werden, den Tod ihrer Kinder zu preisen. Und schließlich — o schwarze Nacht des Grauens! — werden sie es freiwillig tun"

Und während da draußen im Kriege die Menschen unerträgliche Qualen erleiden werden, verstümmelt, zerrissen, zerfetzt werden, zu jeder Stunde, im Kote schlafen und mit den Leichen ihrer gefallenen Kameraden sich einen Schutzwall machen werden, wird drinnen im Lande die gefühllos, die unmenschlich gewordene Menschheit sich heitern Tagen hingeben.

Weh denen aber, die inmitten dieses satanischen Grauens sich ein fühlendes Herz und ein denkendes Hirn bewahrt haben werden! Sie werden nicht nur die unglücklichsten aller Menschen sein, sie werden von den andern gemieden sein wie Aussätzige und Pestkranke.

Und die Staatsmänner und die Minister, die Politiker und die Zeitungen, sie werden die Friedfertigen denunzieren als die größten und gefährlichsten Verbrecher der Menschheit. Und die Richter werden sie verurteilen zu entbehrenden Kerkerstrafen.

Und diese Selbstvernichtung der Menschheit wird so lange dauern, bis alle Macht und aller Reichtum sich aufgelöst haben und zerronnen sein werden in ein Meer von Blut und Elend, dessen graurote Schmutzfluten alle Länder der Zivilisation bedecken werden.

Und es wird eine neue Sintflut sein.

Und auf diesen dunkeln Fluten, die alles überschwemmen werden, was Menschenherzen seit Generationen Schönes und Wahres empfunden, Herrliches erdacht haben, werden sich allein noch die Vampire blähen, die sich im Kriege bereichern und mästen dem Blut und dem Elend der Menschheit mästen.

Grauenhaft grausam und unerbittlich wird über der Welt der Hunger thronen. Und alles wird in Feigheit ersterben.

Während man in offiziellen Reden und in allen Zeitungen den Heroismus, den todesverachtenden Mut der schuldlosen blühenden Jugend, die wir nicht zum Mut und zur Einsicht zu erziehen gewagt haben, feiern wird, werden Millionen verstümmelt werden und eines gräßlichen Todes sterben, aus Feigheit.

Weil sie nicht wagen werden zu sagen: Nein, wir wollen nicht einander morden.

Weil ihre Mütter und ihre Väter, ihre Schwestern und Frauen zu feig sein werden zu sagen: Wir wollen nicht, daß sie getötet werden.

Weil wir, die wir gewußt haben — und die beiden Alten schrien es, Gram, Reue und Wut gegen sich selbst in der Stimme — weil wir zu feig gewesen sind, die blutgierige Metze zu erdrosseln!"

Sie schwiegen.

Wilhelm, von Entsetzen, Jammer und Verzweiflung geschüttelt, schrie, die Arme nach ihnen ausstreckend: „Was soll ich tun?"

Und als er hinsah, drang fahles Morgenlicht in seine Zelle, das die schmutzigweißen Wände, die schwarze, eisenbeschlagene Tür sehen ließ — und sonst nichts.

Wilhelm lag halbaufgerichtet auf seinem Lager. Er hatte Fieber und im Munde den bittern Salzgeschmack von Tränen.

(Fortsetzung folgt.)

— **Wohnungen — Arbeit.** Es fehlt an Wohnungen. Tausende von Familien müssen die eigne Wohnung entbehren. Für körperliche Gesundheit und Gesittung entstehen die größten Gefahren. Es besteht trotz alledem keine Aussicht, Wohnungen auch nur in annähernd genügender Zahl zu schaffen, wenn in der Baustoffindustrie, in der Bauindustrie nicht gründliche Aenderungen der Wirtschaftsweise sich durchsetzen. Zur Wohnungsnot kommt Arbeitslosigkeit in der Bauindustrie. Unter Führung des Deutschen Bauarbeiter-Verbandes haben Arbeitnehmer-Organisationen die Initiative ergriffen, um die Oeffentlichkeit auf diese ernste soziale Krise hinzuweisen und Wege der Besserung anzugeben. Am **1. Juli 1920, nachmittags 5 Uhr, findet zu diesem Zweck im „Wilhelmspark" eine Demonstrationsversammlung statt.** Sie muß einen Massenbesuch aufweisen. —

— **Elternbeiräte.** Die angesetzte allgemeine Sitzung der Elternbeiräte für Dienstag fällt aus, da in einigen Bezirken wichtige Sitzungen stattfinden, die nicht verlegt werden können. —

— **Mitglieder der Betriebs- und Angestelltenräte.** Trotzdem die Aufgaben der Betriebs- und Angestelltenräte durch Gesetz geregelt sind, zeigt es sich doch in sehr großem Maße, daß die Mitglieder dieser sehr wichtigen Körperschaften über ihre Rechte und Pflichten sehr wenig orientiert sind. Die Betriebsräte-Vereinigung der Afa ladet die Mitglieder der Magdeburger Betriebs- und Angestelltenräte in Handel, Industrie, Verkehr, Versicherungsgewerbe usw. zu einer Vollversammlung zum Dienstag den 29. Juni, abends ½8 Uhr, im „Artushof" ein, woselbst Gewerkschaftsbeamter Bach über „Die Aufgabe der Betriebsräte" sprechen wird. —

— **Der Oberpräsident definitiv ernannt.** Genosse Hörsing, der bisher das Oberpräsidium von Sachsen kommissarisch verwaltete, ist einer Meldung der „V. P. N." zufolge definitiv zum Oberpräsidenten von Sachsen ernannt worden. —

— **Gewährung einer Beihilfe an die Volkshochschule Magdeburg.** Der Verein Magdeburger Volkshochschule hat den Magistrat ersucht, ihm für die Zeit vom 1. April 1920 bis 31. März 1921 eine Beihilfe von 50 000 Mark zu gewähren. Der Magistrat konnte sich zur Bewilligung dieser Summe nicht entschließen und schlägt der Stadtverordneten-Versammlung vor, eine Beihilfe von 15 000 Mark zu gewähren und in den Haushaltplan für 1920 eine weitere Summe von 20 000 Mark einzustellen. An die Gewährung sollen bestimmte Bedingungen geknüpft werden. Die Stadtverordneten werden um Zustimmung ersucht. —

— **Die erste Tagung der internationalen Elbekommission.** In Prag tagte am 26. Juni die internationale Elbekommission. In ihr sind Deutschland, Frankreich, Belgien, England, Italien und die Tschechoslowakei vertreten. Deutschland durch den bevollmächtigten Minister Dr. Seeliger, Staatssekretär Peter und den bevollmächtigten Minister Nostiz-Drzewicki und Syndikus Dr. König. Der tschechoslowakische Minister des Aeußern, Dr. Benesch, eröffnete die Sitzung und sagte, die Grundlage der Entwicklung müsse die vollkommene Freiheit der Schiffahrt auf der Elbe sein. Die tschechoslowakische Republik sei bereit, alles zur Entfaltung des Verkehrs zu tun. Die Kommission ernannte darauf zu ihrem Präsidenten den englischen Oberstleutnant Baldwyn, der seinen Platz dem Vertreter der tschechoslowakischen Republik, Professor Klir, abtrat. Es wurde beschlossen, die nächste Tagung der Kommission auf den 29. Juni nach Dresden einzuberufen. In den sachlichen Verhandlungen wurde der Anfangspunkt der internationalen Linie auf der Moldau mit dem Holleschowitzer Hafen nahe bei Prag festgesetzt. Die Linie findet ihre Fortsetzung auf der Elbe und endigt in Hamburg. —

— **Ferienausflug der Genossen von Krupp.** Für die Genossen, die bei der Firma Krupp beschäftigt sind, ist während der Ferienzeit ein allgemeiner Ausflug für Mittwoch den 30. Juni angesetzt. Treffpunkt morgens 7 Uhr am Hauptlager des Neustädter Konsumvereins, Rogätzer Straße. Abmarsch Punkt 7 Uhr 20 Minuten. Bis zum Treffpunkt kann die Straßenbahnlinie 5 benutzt werden. Der Ausflug wird den ganzen Tag in Anspruch nehmen. Jeder muß sich daher mit genügend Proviant ausrüsten. Freunde und Gönner können daran teilnehmen. —

— **Erhöhung der Rentenzulagen aus der Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung.** Uns wird geschrieben: Nach dem Gesetz vom 20. Mai 1920 werden vom 1. Juli 1920 ab die Rentenzulagen der Alters-, Invaliden- und Krankenrentner von 20 auf 30 und diejenigen der Witwen-, Witwer- und Witwenkrankenrentner von 10 auf 20 Mark erhöht. Außerdem erhalten die Waisen — ausgenommen diejenigen, deren Väter im letzten Kriege gefallen sind — eine monatliche Rentenzulage von 10 Mark. Denjenigen Rentenempfängern, die aus Anlaß des letzten Krieges eine Militärrente von mehr als 66⅔ Prozent der Vollrente beziehen, haben keinen Anspruch auf die erhöhte Rentenzulage und beziehen ebenso wie die Witwen von Kriegsteilnehmern des letzten Krieges ihre bisherige Rentenzulage von 20 bzw. 10 Mark nur noch bis zum 31. Dezember 1920. Die Empfänger von Invaliden-, Kranken-, Alters-, Witwen-, Witwer- und Witwenkrankenrenten erhalten am 1. Juli d. J. ohne weiteres ihre erhöhten Rentenzulagen von der Post gegen Vorlage des handschriftlich abgeänderten Vordrucks der Rentenzulagequittung. Die Rentenzulagen für die Waisen können jedoch erst in nächster Zeit zur Auszahlung gelangen, weil erst festgestellt werden muß, welchen Kriegswaisen keine Rentenzulagen zustehen. —

— **Das Ende des hölzernen Rolands in Magdeburg.** Den Stadtverordneten ist eine Vorlage zugegangen, nach der der geschäftsführende Ausschuß des Denkmals-Ausschusses Roland von Magdeburg den Magistrat ersucht, das Vereinsvermögen in Höhe von 23 800 Mark unter dem Namen „Roland-Stiftung" als selbständige Stiftung in eigne Verwaltung zu übernehmen und nach Auffüllung des Kapitals durch die Zinsen auf nominal 30 000 Mark in mündelsicheren Reichs-, Staats- oder Kommunalpapieren, die jeweiligen jährlichen Zinsen zur Unterstützung von Witwen und Waisen gefallener Kriegsteilnehmer der Stadt Magdeburg, und falls Witwen und Waisen der letzteren dereinst nicht mehr vorhanden sind, zur Unterstützung notleidender Magdeburger Familien zu verwenden, ferner das Denkmal der Rolandfigur in seiner jetzigen Gestalt der Stadt Magdeburg zu erhalten, vorläufig auf seinem derzeitigen Platz im Kaiser-Friedrich-Museum hierselbst, späterhin an einer geeigneten, würdigen Stelle im Innern eines Rathausneubaues, und schließlich die Spenderlisten und das sonstige urkundliche Material des Denkmals-Ausschusses dem städtischen Archiv einverleiben zu wollen. Nach Erhalt der Zustimmung und Uebernahme des Kapitals als „Roland-Stiftung" seitens der Stadt Magdeburg wird die Löschung des Denkmals-Ausschusses Roland von Magdeburg im Vereinsregister beantragt werden. Der Magistrat hat beschlossen, die Stiftung anzunehmen und ersucht die Stadtverordneten-Versammlung, diesem Beschlusse beizutreten. —

— **Einen neuen Versuch,** über die Grenze der 20prozentigen Mietsteigerung hinaus die Miete zu erhöhen, unternehmen jetzt wieder manche Hausbesitzer. Namentlich handelt es sich um solche, welche während des Krieges die Häuser erworben haben. Während früher im Mietpreis der Betrag für Treppenbeleuchtung und Wassergeld einbegriffen war, haben manche Wirte einen Extrabetrag für Treppenbeleuchtung erhoben, ohne Rücksicht darauf, daß in dem Teurungszuschlag von 20 Prozent gegenüber der Miete vom 1. Juli 1914 bereits die Erhöhung für die laufenden Ausgaben enthalten ist. Jetzt unternehmen die Herren einen Sturm wegen Einführung eines Wassergeldes, z. B. von 1 bis 1,50 Mark pro Monat. Die Mieter müssen umgehend das Mietamt anrufen, um so mehr als diese Forderung erhoben wird, während die Kontrakte noch laufen. Aber auch sonst ist die Forderung nicht ohne genaueste Prüfung der Unterlagen seitens des zuständigen Mietamts zu bewilligen bei Eingehen neuer Kontrakte. Die Mieter müssen bedenken, daß die einmal bewilligten Mieten und Nebenzahlungen nicht so schnell heruntergehen, wenn selbst die Löhne und Gehalte abgebaut werden. —

— **Der Nachtrag zur Ordnung der Hundesteuer,** der am 14. Mai 1920 mit Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung beschlossen wurde, hat am 11. Juni 1920 die Genehmigung des Bezirksausschusses gefunden. Danach beträgt die Steuer jährlich 80 Mark. Wird mehr als ein steuerpflichtiger Hund gehalten, so steigert sich der Steuersatz für jeden weiteren Hund um je 20 Mark. Die Steuer ist mit je einer Hälfte halbjährlich im voraus bis zum 1. Juni und bis zum 15. November jedes Jahres zu entrichten. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß die jetzt fällige Steuer für das 1. Halbjahr 1920 innerhalb 8 Tagen nach Empfang des Steuerzettels zu zahlen ist. —

— **Bereitstellung von Mitteln für die Fortführung der Arbeiten auf dem Friedhof in Westerhüsen.** Die Stadtverordneten-Versammlung hatte Anfang März 150 000 M. als erste Rate bereitgestellt, damit auf dem neuen Friedhof in Westerhüsen die Randbepflanzungen als Notstandsarbeiten in Angriff genommen werden konnten. Nach Mitteilung der Friedhofsverwaltung sind diese 150 000 M. demnächst aufgebraucht. Damit die gemeinnützige Arbeitsgenossenschaft nicht genötigt wird, diese Arbeiten einzustellen, wird um eine zweite Rate in gleicher Höhe gebeten. Es sind bisher etwa 20000 qm rigolt worden, etwa 8000 qm können sofort noch ebenso bearbeitet werden. Das weitere Rigolen wird nach und nach in Angriff genommen, je nachdem die einzelnen Ackerstücke abgeerntet sind. Die Stadtverordneten werden um Zustimmung ersucht. —

— **Wärmere Tage in Sicht.** Der plötzliche Umschwung des Wetters ist eine Folge von kühlen, teilweise feuchten Nordwestwinden, die vom europäischen Nordmeer nach Südschweden ziehen. Die Abkühlung der Temperatur macht sich in Westen lange nicht in so starkem Maße bemerkbar, wie in Ostpreußen, wo die Temperatur noch vor wenigen Tagen eine Höhe von 28 Grad zeigte, während sie heute ungefähr nur noch 15 Grad hat. In Berlin und Umgebung ist die Temperatur dagegen nur um 2 bis 3 Grad gegenüber den warmen Vortagen gefallen. Die Abkühlung ist im Vergleich zu der bisherigen Wärme nicht allzu bedeutend und steht nur wenig unter dem Durchschnitt der Jahreszeit. Das Tiefdruckgebiet dürfte jedoch nicht lange anhalten, so daß man in einigen Tagen mit einer Steigerung der Temperatur rechnen kann.

— **Danzig und Posen polnische Eisenbahnbehörden.** Bei vielen Antragstellern und selbst bei deutschen Behörden besteht noch immer die Auffassung, als ob die jetzigen Eisenbahndirektionen Posen und Danzig nach wie vor deutsche Behörden seien. Dies ist nach Ausführung des Friedensvertrags selbstverständlich unzutreffend. Die Eisenbahndirektion Posen und die polnisch-pommerellische Eisenbahndirektion Danzig sind rein polnische Behörden, die nur polnische Interessen wahrnehmen. Die Grenze zwischen beiden verläuft südlich der Bahnstrecke Schneidemühl—Bromberg—Thorn—Bischofswerder. Der frühere preußische Direktionsbezirk Bromberg ist somit zwischen ihnen aufgeteilt. In Danzig besteht daneben noch eine Freistaat-Eisenbahndirektion Danzig für die Bahnen des Danziger Gebiets; diese wird zwar noch von deutschen Beamten verwaltet, vertritt aber nur die Angelegenheiten des Freistaats. Die noch nicht abgewickelten Geschäfte der frühern preußischen Eisenbahndirektionen in Posen, Bromberg und Danzig werden durch je eine deutsche Eisenbahnabwicklungsstelle an den genannten drei Orten wahrgenommen. Die Hauptabwicklungsstelle, der auch die Führung etwaiger Prozesse übertragen ist, befindet sich in Berlin (Zoo) bei der Eisenbahndirektion Osten. —

— **Blütenlese aus der „Magdeburger Volkszeitung".** Wir registrieren hier wunschgemäß einige Stilblüten der „Volkszeitung", die sie in der letzte Woche im geistigen Kampfe gegen uns verwenden mußte: Widerlicher Feldzug, Tingeltangelzeitungsredaktion in der Münzstraße, einziger Wutergruß, persönliche Herunterreißerei, das Blatt der verbohrtesten Durchhalter, papiernes Gebrüll, wackliger Parteikarren der S. P. D., scheinsozialistische Federhelden, Zusammenbruchspartei, reichsverbändlerische Kampfmethoden, Indianergeheul wildgewordener Presse-Sioux, Radaujournalisten, schäbig und verlogen. —

— **Tarifrevision für das Hausdienerpersonal in den Magdeburger Handelsgeschäften.** Der Transportarbeiterverband schreibt uns: Durch Verhandlungen mit den Arbeitgebern über eine Erhöhung der Lohnsätze konnte eine Einigung nicht erzielt werden, es wurde infolgedessen der Schlichtungsausschuß angerufen, der am 19. Juni 1920 einen Schiedsspruch fällte. Die Lohnskala steigt für Hausdiener, Packer, Lagerarbeiter, Pförtner, Fahrstuhlführer und Burschen von 55 Mark (unter 16 Jahren) auf 175 Mark (über 23 Jahre), für Geschäftskutscher von 110 Mark (unter 18 Jahren) auf 185 Mark (über 21 Jahre), für die Geschäftskraftwagenführer beträgt der Lohn 205 Mark. Die Löhne für das gewerbliche weibliche Personal steigen von 50 Mark auf 95 Mark. Der gefällte Schiedsspruch ist von einer Versammlung der Arbeitnehmer angenommen worden; es ist zu erwarten, daß ihm auch die Arbeitgeber zustimmen. —

— **Ein Schiedsspruch für die Schiffbauer** wurde am Freitag gefällt, wonach der Stundenlohn auf 4,75 Mark festgesetzt wurde, und zwar mit Gültigkeit ab 1. Juni. Hiernach sind die Arbeitgeber verpflichtet, ab 1. Juni die Differenz nachzuzahlen. Die Schiffbauer werden zu diesem Spruche des Schlichtungsausschusses am Sonnabend den 3. Juli in einer Versammlung Stellung nehmen. —

— **Ein großes Propagandafest** für die Abstimmung in Oberschlesien veranstaltete die Ortsvereinigung heimattreuer Oberschlesier am Sonnabend in der „Wilhelma". Tausende hatten sich eingefunden, um ihr Interesse an der Erhaltung Oberschlesiens für Deutschland zu bekunden und neue Mittel den eifrigen Förderern der Abstimmungsbewegung zuzuführen, damit auch den unbemittelten Oberschlesiern die kostspielige Reise ins Abstimmungsgebiet möglich wird. —

— **Fahrpreisermäßigung.** Die im Kriege außer Kraft gesetzte Fahrpreisermäßigung für Fahrten zu wissenschaftlichen und belehrenden Zwecken, für Schulfahrten und zugunsten der Jugendpflege (Ausführungsbestimmung C IV 1. A, C IV 1. B und C VI zu § 12 Eisenbahn-Verkehrsordnung) wird für den Bereich der in Preußen-Hessen belegenen Reichseisenbahnen fortan wieder gewährt. —

× **Gestohlen** wurden: aus einem Pfandleihgeschäft in der Tischlerbrücke zwei seidene Damenröcke, eine grauseidene Strickjacke, zwei gestreifte Herrenhosen; auf der Oranienstraße ein blauer Handleiterwagen; aus einem Hausgrundstück in der Rogätzer Straße zwei kleinere Schweine; auf dem Hauptbahnhof eine gelbe lederne Handtasche und in drei verschiedenen Fällen Geldtäschchen mit nennenswerten Geldbeträgen; aus einem Waschhause in der Kleinen Schulstraße sechs Herren-Normalhemden, bunte Frauenschürzen und andre Wäschestücke; Fahrräder „Wanderer" mit schwarzen Felgen und gerader Lenkstange, „Weltrad" Nr. 30240, „Olaf" Nr. 207398, eins mit der Fabrikmarke „Mitteldeutsche Fahrradwerke" und an der rechten Seite des Trettlagers die Zeichen E. H. B. 1911 und eins mit der Firma Reinhold Osterroth und der Nr. 564091. —

× **Wem gehört der Ring?** Ein schmaler goldener Damenring mit kleinem Brillanten im Werte von 120 Mark wurde im Besitz eines Schulknaben gefunden, der ihn gefunden haben will. Der Junge begleitete häufig einen ihm bekannten Installateur bei Arbeiten in fremden Häusern, und es wird vermutet, daß er den Ring bei einer solchen Gelegenheit gestohlen hat. Der Ring befindet sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 59, zur Inaugenscheinnahme für etwa Bestohlene. —

× **Weibliche Leiche gelandet.** Am 26. d. M. ist am linken Ufer der Stromelbe unterhalb der Rothensee Fährstelle die Leiche einer etwa 35 Jahre alten weiblichen Person gelandet. Dieselbe wird wie folgt beschrieben: 1,66 Meter groß, dunkelblond, bekleidet mit schwarzer Bluse, blauem Kleider- und blauem Unterrock, schwarzen Strümpfen, karierter Schürze und weißleinenem Hemd. Die Leiche befindet sich in der Leichenhalle des Westfriedhofs. Angaben, die zur Ermittlung der Persönlichkeit führen können, erbittet die Kriminalpolizei, Zimmer 36. —

Magdeburger Partei-Nachrichten.

Arbeiter-Jugendbund Magdeburg.

Bezirksgruppe Sudenburg: Am Dienstag Vortrag des Genossen Möhring über „Die Geschichte der alten Deutschen"

Theater, Konzerte ꝛc.

Besprechungen.

Stadttheater. Die Spielzeit ist zu Ende geschlichen. Das verlockende, je bessere Wetter hat manchen abgehalten, das Theater zu besuchen. Aber die Unrechtsferien mußten innegehalten werden, und so ging es im Spielplan bis zum Freitag der vergangenen Woche. Noch ein paar Tage, daß die „Kaiserin"-Operette ihre musikalischen Reize entfaltet, und dann wird endgültig die Pforte geschlossen. Die Kaiserin macht den Kehraus, auf eigne Rechnung; denn das Anrecht ist ja aufgehoben. Und wie sie das macht! Das Publikum ist entzückt: über die fabelhafte Pracht am österreichischen Hofe bei Redouten, über die Tänze langsam und zierlich, über die diplomatische Maria Theresia, die aber, weiblich begreiflich, sich letztenendes im Unterrock nur wohl fühlt, über die beiden kleinen Prinzessinnen, die leider schon von Kindesbeinen an zur Erhabenheit erzogen wurden, über drei Gesandten-Karikaturen, den frösteinden Kaunitz, die bissige Bichette und endlich über den dickköpfigen Prinzgemahl, der sein gutes Essen und Trinken und auch eine Frau hat und sonst nicht mitreden darf. Das sind alles Dinge und Zustände, deren sich die Operette, wenn sie satirisch sein will, annehmen und vor den Augen ihres Publikums zerkleinern wird. Aber will sie denn das, und vor allem, will denn ein Publikum diese Zustände überhaupt kritisieren? Mit nichten, ein Operetten-Publikum amüsiert sich nur oder es weint, wenn die Sache zu traurig wird. In der Operette „Die Kaiserin" gibt's nun leider nichts zu trauern, also bleibt's beim Amüsement. Unsre Darsteller wissen das recht gut, und nehmen humoristisch, was möglich ist. Da ist Fini Sedlmaier in der Titelrolle und läßt sich nicht die Butter vom Brote nehmen, August Gesser als Prinz Franz, der sich nichts vergibt, weil er nichts zu vergeben hat, Georg Skulschus als Kanzler mit dem Blick nach oben, Liddi Preiser-Locke als Anstands-Mirakel, Heinrich Esser, Richard Richter und Theo Raven als komisches Gesandten-Trio, die kleinen Thüm und Hörtinger als abgerichtete Prinzessinnen, Marie Mayer-Olbrich als vorlaute Adelgunde und endlich Paul Goller als Muster von einem Edelknaben zur damaligen Zeit. Alle arbeiten in ihren Rollen mit zweifellosen Erfolg vor einem dankbaren Publikum. Der Leiter der Aufführung ist Theo Raven, er gibt der Handlung Schwung und Leben. Für die musikalischen Ereignisse ist Siegfried Blumann verantwortlich, der den Taktstock in allen Gangarten schwingt und nicht wenig zu den Einzelerfolgen wie zu dem Gesamteindruck beiträgt, dank einem willigem und eifrigen Orchester. Also wer sich an dem Operetten-Märchen ergötzen will, dem ist Gelegenheit gegeben: Auf, zur Kaiserin. — G.

Mitteilungen der Direktionen.

Städtische Theater. Stadttheater: Dienstag und Mittwoch „Die Kaiserin".

Wilhelm-Theater: Dienstag „Erdgeist", Mittwoch „Büchse der Pandora".

Viktoria-Theater: Dienstag „Charleys Tante", Mittwoch „Kindertragödie", Donnerstag, Freitag, Sonnabend und Sonntag Gastspiel Ludwig Barg und Martha Schild-Barg „Die Fahrt ins Blaue".

Provinz und Umgegend.

Parteinachrichten.

Olvenstedt. Sozialdemokratischer Verein. Am Dienstag den 29. Juni, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung bei Ebrecke. [2086

Dahlenwarsleben. Sozialdemokratischer Verein. Am Donnerstag den 1. Juli, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung bei Krause. [2091

Burg. Sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion. Dienstag abend 8 Uhr Sitzung im Gewerkschaftshaus. [2089

Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Reichstagswahl.

In der Gemeinde Hundisburg und dem Gutsbezirk, in denen am 6. Juni die Reichstagswahl verhindert worden war, fand am Sonntag nunmehr die Wahl statt. Das Ergebnis der Wahl ist sehr interessant. Von 751 Wählern haben 577 von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht. Der Stimmenrückgang gegenüber der Wahl von 1919 umfaßt alle Parteien. Es erhielten Stimmen:

Bauer (S. P. D.)	**431**
Brandes (U. S. P. D.)	**12**
Schiele (deutschnational)	72
Schiffer (Demokrat)	54
Kulenkampff (Deutsche Volkspartei)	2
Eckers (Zentrum)	5

Der Reinfall der Unabhängigen ist vollkommen. Er kam überdies vielen überraschend, man glaubte nach dem Geschrei der Unabhängigen, daß sie in Hundisburg gut abschneiden würden. Und ganze zwölf Stimmen haben sie erhalten. Die Haltung der unabhängigen Führer bei der Regierungsbildung und ihre Schuld, daß eine bürgerliche Regierung zustande gekommen ist, hat manchem Wähler und mancher Wählerin, die aus Verärgerung am 6. Juni noch unabhängig gewählt haben würde, die Augen geöffnet. Die Schuld der Unabhängigen und ihr schwer wieder gutzumachendes Verbrechen an der deutschen Arbeiterschaft wird sich noch bitter an ihnen rächen. Für uns Sozialdemokraten gilt es, unentwegt an der Aufklärung der Bevölkerung über unsre Ziele zu arbeiten. —

Kreis Jerichow 1 und 2.

Burg, 28. Juni. (Unfähigkeit oder . . .?) Noch nie hat Burg in dem Rufe gestanden, etwa in der Welt vorangehen zu wollen. Trotzdem scheint es, als solle Burg mal aus seiner Reserve heraustreten und die Führerrolle der Städte Deutschlands übernehmen und auf einem Gebiet, bei dem sich andre gewiß nicht vordrängen werden, nämlich beim Steuernzahlen. Erschien doch letztens eine Bekanntmachung, daß noch nach der vorjährigen Einschätzung ein Vierteljahr Steuern zu entrichten wären. Wenn man sich auch darüber wunderte, daß ausgerechnet in der Woche, in der schon der Steuerabzug vom Lohne beginnt, noch dieses Opfer verlangt wird, so geht man doch als wohldisziplinierter Deutscher hin und bezahlt, denn die Bekanntmachung war ja für den Kreis Jerichow 1 vom Finanzamt erlassen. Wie immer, wenn man Geld bringt, ist man gern gesehen und wird es auch los. Da erscheint aber hinterher eine Notiz —, daß nur die zahlen müssen, die beim Steuerabzug vom Lohn oder Gehalt nicht erfaßt werden. Allgemeines Staunen und Schimpfen. Man beruhigte sich aber schließlich bei dem Troste, wenn wir unnötig Geld eingezahlt haben, werden wir es ja wieder bekommen. Frohgemut wird also zum Steueramt gepilgert, das Anliegen vorgebracht und nach lebhafter Auseinandersetzung mit langem Gesicht abgezogen, nachdem einem auseinandergesetzt worden ist, daß eingezahlte Gelder nicht zurückgezahlt werden, wohl aber eine Anrechnung erfolgen wird. Das alles soll man nun in Ruhe hinnehmen und sich gefallen lassen, weil man im Finanzamt nicht imstande ist, eine Bekanntmachung so abzufassen, daß sie allgemein verständlich ist und aus ihr klar ersichtlich ist, was man will. Gespannt kann man aber sein, ob sich wohl ein Weg finden wird, den alten Amtsschimmel in einen schnelleren Trab zu versetzen und in kurzer Zeit den pünktlichen Steuerzahlern ihre Einzahlung zurückzugeben. Tut man es nicht, so bestraft man die Pünktlichkeit dieser Leute und gibt denen Stoff zum Lachen, die es nicht besonders eilig hatten mit dem Bezahlen. In der heutigen Zeit sind Löhnung und Gehalte nicht so bemessen, daß es eine Kleinigkeit wäre, eine Steuervierteljahrsrate so ohne weiteres unnötigerweise im voraus zu zahlen. Es muß also von der Behörde die Zurückzahlung des Betrages verlangt werden. Notwendig wäre es vielleicht auch, sich den betreffenden Beamten, der eine derartige Bekanntmachung losgelassen hat, mal genauer auf seine Fähigkeiten anzusehen und ihn vielleicht an einen andern, weniger verantwortungsvollen Posten zu stellen. Die Burger Einwohnerschaft verbittet sich jedenfalls derartige Steuerexperimente auf das entschiedenste. —

Möckern, 28. Juni. (Ein Großfeuer) suchte das Gut des Grafen vom Hagen heim. Der große Schafstall, eine Scheune, ein Geräteschuppen, die Stellmacherei und die Gewächshäuser wurden ein Raub der Flammen. Sämtliche Ackergeräte, Geschirre, Heu und Kunstdünger wurden vernichtet. Das Vieh jedoch konnte fast alles gerettet werden. Der Schaden beträgt mehr als 2 Millionen Mark. Es wird Brandstiftung vermutet. —

Kreis Quedlinburg-Aschersleben-Kalbe.

Schönebeck, 28. Juni. (Zur Wohnungsnot.) Der Deutsche Bauarbeiterverband veranstaltet am 1. Juli in ganz Deutschland Demonstrationsversammlungen gegen die unhaltbaren Zustände auf dem Bau- und Wohnungsmarkt. Die Oeffentlichkeit soll auf die ungeheuern Gefahren hingewiesen werden, die für Mieter und

Bauarbeiter aus der Wohnungsnot entstehen. Deshalb findet auch für Schönebeck am 1. Juli abends 7½ Uhr im „Stadtpark" eine Demonstrationsversammlung statt. Es ist dringende Pflicht aller Mieter und Bauarbeiter, in dieser Versammlung zu erscheinen, um durch eine Entschließung die Regierung und die Gemeinden zur tatkräftigen Abhilfe aufzufordern. —

Schönebeck, 28. Juni. (Eine Abladestelle) für Schmutz und Klatsch scheint augenblicklich wieder die „Schönebecker Zeitung" durch ihre auffallenden einen Tag vor der Stadtverordneten-Sitzung auftauchenden „Eingesandts" zu sein. Man spricht in dem Artikel von Unzufriedenheit der Bürger, auch der Arbeiterkreise, weil man nicht alles in voller Oeffentlichkeit verhandelt, was gern die „Schönebecker Zeitung" wissen möchte. Alle Parteien haben ihre Vertreter im Stadtparlament und sind genau unterrichtet, können also ihren Wählern volle Auskunft darüber geben, was vor sich geht. Daß man nun nicht alles erst vorher durch die „Schönebecker Zeitung" gehen läßt, ist doch wohl begreiflich. Die Eingesandts, die fortgesetzt eingehen sollen, sind ja so bekannt, daß man ruhig annehmen kann, daß sie immer von ein und derselben Stelle kommen. Es wird natürlich der Anschein erweckt, als wären es Bürger und Arbeiter. Es muß eben alles herbeigesucht werden, um ein paar Tage vor dem 1. Juli seine Zeitung interessant zu machen. Die Angriffe gegen Stadtrat Ebermann beweisen ja, daß unsre Auffassung richtig ist; er war einmal derjenige, der im Interesse der Stadt der „Schönebecker Zeitung" auf die Finger klopfte und nun durch angeblich eingesandte Artikel etwas ausgewischt bekommen soll. Es wird auch nach den Bezügen (Aufwandsentschädigungen) der Stadträte gefragt. Es werden Summen angegeben, die überhaupt noch kein unbesoldeter Stadtrat bezogen hat, und damit auch in diesem Falle wieder etwas Unrichtiges behauptet. Es kommt ja auch nur darauf an, das jetzige Stadtparlament in seiner jetzigen Mehrheit in der Oeffentlichkeit herunterzureißen. Aber dem neugierigen Anfrager möchten wir raten, bei seinen Gesinnungsgenossen sich Auskunft zu holen, dann wird er die Wahrheit schon erfahren. Das schäbigste in dem Artikel ist aber ein Beispiel, nach dem man einem Arbeiter 46 bis 48 Mark Arbeitslosenunterstützung abnimmt, während man auf der andern Seite Gelder nutzlos ausgibt. Wie aber in Wirklichkeit die Sache mit dem Abzug der Arbeitslosenunterstützung liegt, danach wird ja nicht gefragt. Die Hauptsache ist eben: verleumden und die Arbeitervertreter herunterreißen. Die Aufklärung über das Kaiser-Friedrich-Krankenhaus ist schon lange gegeben. Der angebliche Artikelschreiber braucht sich den Kopf nicht mehr darüber zu zerbrechen, es ist alles so geregelt, daß es zum Nutzen der Stadt ausschlägt. Am Schlusse des Artikels kommt dann noch in versteckter Weise zum Ausdruck, wie alles, was von sozialdemokratischer Seite gemacht wird, herunterzureißen ist. Der Zweck, die Arbeiterschaft Schönebecks zu verwirren, wird nicht erreicht. Sie fällt nicht auf solche Artikel hinein. Sie wird einem Blatte, das solche Anwürfe bringt, am 1. Juli einen Denkzettel geben und an Stelle der „Schönebecker Zeitung" die „Volksstimme" bestellen. —

Schönebeck, 28. Juni. (Elternbeiräte.) Am Donnerstag abend tagten sämtliche sozialdemokratischen Elternbeiräte im „Stadtpark", um über die allgemeinen und einheitlichen Richtlinien zu beraten. Man schuf zuerst einen Vorstand. Erster Vorsitzender wurde Genosse Kramer, zweiter Genossin Küßner, Schriftführer Genosse Thelitz, Beisitzer Genossin Rückert (Groß-Salze) und Genosse Grubner. Dann trat man in die Durchberatung der einzelnen Richtlinien. Manch guter Vorschlag wurde gemacht und manche beachtenswerte Anregung gegeben. Besonders großes Gewicht legte die Versammlung darauf, daß baldigst Schulärzte angestellt werden. Auch die Einrichtung und Schaffung von Spielplätzen und Anlagen wurde gefordert. Es soll bald wieder eine Elternversammlung stattfinden. — Abbruch eines großen Betriebes. Bei der immer größer werdenden Arbeitslosigkeit ist es bedauerlich, wenn größere Fabriken stillgelegt werden. Eine der größern Betriebe, die Zementfabrik, geht ein. Der Ankäufer soll die Firma Allendorff sein, die zu beabsichtigen scheint, diesen Betrieb durch Abbruch auszubeuten. Die Behörde muß sich um die Vorgänge auf der Zementfabrik einmal kümmern, damit der Stadt und der Arbeiterschaft kein Schaden erwächst. —

Staßfurt, 28. Juni. (Mitgliederversammlung) des Sozialdemokratischen Ortsvereins. Der stellvertretende Vorsitzende ermahnte zunächst eindringlich, für immer weitere Verbreitung der „Volksstimme" tätig zu sein. Er teilte die Mitgliederzahl des Unterbezirks Kreis Kalbe in den einzelnen Ortsvereinen mit und konnte mit Befriedigung feststellen, daß der befürchtete starke Rückgang der Mitgliederzahl nicht eingetreten ist, sondern daß nur eine ganz unbeträchtliche Anzahl unsre Reihen verlassen hat. Dann wurde der Bericht von der letzten Sitzung des Gewerkschaftskartells erstattet und das Bedauern darüber ausgesprochen, daß im Gewerkschaftskartell leider immer noch zuviel Politik getrieben wird. Darauf hielt Genosse Wiczorowski einen längern Vortrag über „Die Reichstagswahl". Er erörterte dabei auch die auf den Konferenzen in Magdeburg und Schönebeck gegebenen Anweisungen und Anregungen und erläuterte die neue Organisation innerhalb unsers Bezirksverbandes, namentlich auch die veränderte Aufgabe der Kreissekretäre und die Trennung des Unterbezirks Kalbe in agitatorischer Beziehung. In der Aussprache dazu äußerten sich nur kurz die Genossen Weißflog und Wischeropp. Eine besondere Mitgliederversammlung mit Gästen und mit einem entsprechenden Vortrag wurde für Sonntag den 11. Juli festgesetzt. Weiter wurde beschlossen, die Bildung einer Jugendvereinigung nun ernsthaft in die Hand zu nehmen. Zum Jugendtag nach Halberstadt wurde Genosse Meinz junior delegiert. Eine rege Aussprache entspann sich noch über die Absicht, eine Vereinigung sozialdemokratischer Angestellten und Beamten ins Leben zu rufen. — In der Zuckerschiebungssache sind die beiden verhafteten Staßfurter sehr bald wieder aus der Haft entlassen worden. —

Staßfurt, 28. Juni. (Wieder ein Raub.) Ein schwerer Raub von ganz andrer Bedeutung als der fast humoristische vom Schützenfest, wegen dessen übrigens drei Personen in Haft genommen worden sind, hat sich am Sonnabend vormittag um 9 Uhr ereignet. Die Kühnheit und Frechheit, mit der er ausgeführt worden ist, sind bemerkenswert. Er muß von langer Hand vorbereitet worden sein. Kurz nach 9 Uhr begab sich ein Beamter des Postamts wie so oft schon durch die Bahnhofstraße nach der Reichsbank, um dort 195 400 Mark, die er in einer Tasche trug, abzuliefern. Er war ohne Begleiter. An der Ecke der Junkerstraße standen drei oder vier Radfahrer. Als er in deren unmittelbare Nähe gekommen war, entrissen sie ihm die Tasche und eilten auf den Rädern mit der Beute in der Richtung nach Neundorf davon. Der Bote, ein Kriegsverletzter, war derart verblüfft, daß er nicht einmal um Hilfe rufen konnte. Die Verfolgung wurde sofort von mehreren Autos nach verschiedenen Richtungen hin aufgenommen und überall hin telegraphisch und telephonisch Nachricht von dem Raube gegeben. Ein Mann aus Neundorf (Anhalt), der im Verdacht steht, indirekt an dem Verbrechen beteiligt zu sein, ist in der Stadt festgenommen worden. Die Oberpostdirektion hat eine Belohnung von 5000 Mark ausgesetzt. —

Kreis Stendal-Osterburg.

Tangerhütte, 26. Juni. (Schlecht bekommen) ist einem Ingenieur die Berufung gegen einen Strafbefehl des Amtsgerichts. Wegen Aufkaufs von 25 Pfund Kalbfleisch zur Weiterveräußerung war er mit 8 Tagen Gefängnis und 60 Mark in Strafe genommen. Das war ihm zuviel. Er erhob Widerspruch und erreichte dadurch, daß ihn das Wuchergericht zu zwei Wochen Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe verurteilte. —

Kleine Chronik.

Für 9 Millionen Mark Baumwolle verbrannt. In Rheine (Westfalen) zerstörte ein Großfeuer das Baumwollager der Jackernschen Spinnerei. Der Wert des vernichteten Lagers beträgt 9 Millionen Mark. —

Ein dreister Gauner. Ein außerordentlich dreist ausgeführter Bankbetrug beschäftigt zurzeit neben der Berliner Kriminalpolizei auch andre Behörden. Ein aus München gebürtiger, 30 Jahre alter Bankkassierer Richard Halm, der bei einer Bank in Kattowitz angestellt war, unterschlug dort 100 000 Mark und brannte damit Ende Januar d. J. durch. Während man überall auf ihn fahndete, unternahm der Flüchtige große Akkreditivschwindeleien, bei denen er nicht weniger als 780 000 Mark erbeutete. Der Gauner sandte einer Leipziger Bank einen Brief, in dem eine große Firma der Bank 600 000 Mark für einen Ingenieur Alfred Müller akkreditiert wurden. Bald darauf erschien er persönlich auf der Bank, wies sich durch einen Militärpaß auf den Namen Ingenieur Alfred Müller aus und erhielt die Summe ausgezahlt. Seine Unterschrift entsprach genau der Schriftprobe, die er vorher dem Akkreditivschreiben beigefügt hatte. Die Unterschriften auf dem Akkreditiv erwiesen sich später als sehr gut nachgemacht. Halm erhielt das Geld in fünfzig Eintausendmarkscheinen und in Schecks von 250 000 und 300 000 Mark auf die Reichsbank. Hier erhob er die 550 000 Mark in grünen Tausendmarkscheinen. Nach diesem Streiche wandte sich der Schwindler nach Düsseldorf, wo er auf demselben Wege noch 150 000 Mark erbeutete. Halm trat, wie die Ermittlungen ergaben, unter den Namen Zimmermann, Horta, Rembolski, Ruch, Rappstein, Kostosch und Ingenieur Alfred Müller auf. Auf seine Ergreifung ist eine Belohnung von 30000 Mark ausgesetzt, für die Wiederbeschaffung des Geldes eine Belohnung von 20 Prozent des herbeigeschafften Betrags. Halm ist mittelgroß und schmächtig, hat spärliches blondes Haar und einen kleinen, englisch gestutzten Schnurrbart, ein blasses längliches Gesicht mit hoher Stirn, graublaue Augen. Mitteilungen über seinen Aufenthalt und alles, was zu seiner Festnahme dienen kann, nimmt Kriminalinspektor Vorberg im Berliner Polizeipräsidium entgegen. —

Totschlag bei der Hochzeit. Bei einer Hochzeitsfeier wurde, wie dem „Vorwärts" aus Dortmund telegraphiert wird, der Kaufmann Fritz Schulte von dem Händler Heitmann erstochen. Der Mörder wurde verhaftet. —

Porzellangeld in Italien. Der kürzlich in Deutschland erwogene, aber wieder verworfene Plan, Geldmünzen aus Porzellan in den Verkehr zu bringen, wird im Römischen Reich in Anwendung gebracht werden. Wie aus Rom gemeldet wird, sollen in der Provinz Venetien Majolikamünzen zur Ausgabe gelangen. —

Vereins-Kalender.

Buchdrucker. Dienstag den 29. Juni, abends 7 Uhr, Versammlung in der Aula der Luisenschule, Breiter Weg 199/200. 1287

Olvenstedt. Arbeiter-Gesangverein Freundschaftskreis. Dienstag den 29. Juni, abends 7½ Uhr, außerordentliche Generalversammlung bei Maydorff.

Briefkasten.

Badeleben (und andre Orte). Notizen unter Parteinachrichten müssen sogleich bei Aufgabe bezahlt werden. Zeile kostet 30 Pfg. Wir bitten, uns 60 Pfg. einzusenden. — **Frau B. L., Kleine Schulstraße.** Der aufmerksame Leser erkennt den Bericht sofort als einen Polizeibericht. Wenn er unrichtige Angaben enthält, so liegt das nicht an uns. —

Wasserstände.

Elbe.			Fall	Wuchs
Pardubitz	27. 6	— 0,50	—	—
Brandeis	"	+ 0,16	0,11	—
Melnik	"	+ 0,36	0,05	—
Leitmeritz	"	+ 0,55	0,02	—
Aussig	"	— 0,11	—	—
Dresden	28. 6.	— 1,40	0,02	—
Torgau	"	+ 0,53	0,04	—
Wittenberg	"	+ 1,69	—	0,02
Roßlau	"	+ 0,85	—	0,02
Aken	27. 6.	—	—	—
Barby	28. 6.	+ 0,86	0,03	—
Magdeburg	"	+ 0,73	0,03	—
Tangermünde	"	+ 1,32	—	—
Wittenberge	"	+ 1,09	—	—
Lenzen	27. 6.	+ 1,15	0,06	—
Dömitz		+ 0,60	0,01	—
Darchau	28. 6.	+ 0,45	0,05	—
Boizenburg	27. 6.	—	—	—
Hohnstorf	28. 6.	+ 0,65	0,01	—

Mulde.			Fall	Wuchs
Düben	28. 6.	+ 0,21	0,01	—
Saale.				
Grochlitz	28. 6.	—	—	—
Trotha	"	+ 1,34	—	—
Bernburg Utp.	"	+ 0,55	—	0,05
Kalbe Oberpegel	"	+ 1,41	0,07	—
Kalbe Unterpegel	"	— 0,02	—	0,01
Grizehne	"	+ 0,06	—	0,04
Havel.				
Brandenburg Oberpegel	27. 6.	+ 2,02	—	0,02
Brandenburg Unterpegel	"	+ 0,82	0,02	—
Rathenow Oberpegel	"	—	—	—
Rathenow Unterpegel	"	—	0,04	—
Havelberg	"	+ 1,62	—	—

Wettervorhersage.

Dienstag den 29. Juni: Fortdauer des wolkigen, mäßig warmen Wetters mit Regen. —

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Regenschirme werden schnell und sauber repariert
Oscar Jacob, Schirmfabrik
Breiteweg 44. 136

Jetzt wieder geöffnet!
Sorgers Gelegenheitskauf
3 Jakobstraße 3 — 3 Jakobstraße 3
Große Auswahl in
Herren-, Burschen-, Knaben- und Kinder-Anzügen sowie Hosen u. Arbeiter-Konfektion
zu besonders günstigen Preisen.
3 Jakobstraße 3 **Sorgers Gelegenheitskauf** 3 Jakobstraße 3

Deutscher Metallarbeiter-Verband
— Verwaltung Magdeburg. —
Geschäftsstelle: Große Münzstraße 3, I. — Geschäftsstunden: Werktags von 10 bis 5 Uhr, Sonnabends von 10 bis 4 Uhr.
143 — Sonntags geschlossen. — Telephonruf 1912.
Dienstag den 29. Juni, nachm. 4½ Uhr,
im „Konzerthaus", Leipziger Straße
Große Vertrauensmänner-Sitzung
sämtlicher Vertrauensleute, Kartelldelegierten und Betriebsräte unsers Verbandes.
Tagesordnung: 1. Die Betriebsräte und ihre Zusammenfassung im D. M.-V. 2. Wahl von Delegierten zur Bezirkskonferenz. 3. Verschiedenes.
Die Verwaltung.

Mieterschutz!
Die Geschäftsstelle des Vereins befindet sich
Papenstraße 3 (Erdgeschoß).
Sprechzeit von 4 bis 7 Uhr nachm. (außer Sonntags).
1528 Magdeburger Mieterverein (E. V.).

Schönebeck und Umgebung
Aufruf an alle Mieter und Bauarbeiter!
Am Donnerstag, 1. Juli, abds. 7½ Uhr, im Stadtpark
Demonstrations-Versammlung
Tagesordnung: 1320
Wohnungselend und Wohnungsnot.
Referent: Gewerkschaftssekretär Heinrich Tabert.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht der Einberufer
Gewerkschaftskartell Schönebeck.

Lesen und weitergeben!
Für Stotterer
Um zahlreichen Anfragen zu entsprechen und allen Sprachleidenden aus Magdeburg und Umgegend Gelegenheit zur gründlichen und dauernden Beseitigung ihrer Sprachstörungen zu geben, werden von dem unterzeichneten, durch seine Erfolge in ganz Deutschland bekannten Institut, dessen Verfahren von Aerzten, Behörden und Privaten glänzend begutachtet ist, besondere 2531
Kurse in Magdeburg
veranstaltet. — **Stottern, Stammeln, Lispeln, Nervosität und Angstgefühl vor dem Sprechen, Atemnot** usw. werden gründlich beseitigt ohne Apparat und ohne Hypnose bei
jedem, der stotterfrei singt.
Erwachsene und Kinder, auch solche, die mehrfach andre Kurse ohne Erfolg besuchten, erhalten eine fließende, natürliche Sprache.
Anmeldungen nur Dienstag, 29. Juni, Mittwoch, 30., Donnerstag, 1. Juli, 3-8 Uhr.
Keine Berufsstörung. **Tages- und Abendkurse.**
Dr. phil. Schraders Spezialinstitut für Stotterer,
Magdeburg, Hasselbachstraße 4a.

Schankzelt-Verkauf. 1526
Am Freitag den 2. Juli 1920, nachm. 1 Uhr, soll auf dem Schützenplatz in Barneberg ein Schankzelt, 11 Meter breit, 28 Meter lang, mit Bretter-Fußbodenbelag und 20—30 Tafeln Wellblech öffentlich meistbiet. in kleinen Teilen gegen sofortige Bezahlung verkauft werden. Herm. Pirner.

Nordhäuser Kautabak
beste Friedensqualität, pro Rolle oder Stange Mk. 1.60 (Mindestabg. 10 Roll. od. 10 Stg.)
Schnupftabak
la. gelben und grünen sowie
sämtliche Tabakwaren
in best. Qual. offer. u. versendet
Richard Dörre
Tabakwaren-Großhandlg.
Stettin, Poststr. 30
Wiederverkäufer, Gastwirte, Händler verl. neuste Preisliste. Bill. Bezugsquelle, gr. Ausw. Großhandelserlaubnis.

Platin, alte Gebisse, **Gold- u. Silberbruch** kauft Backhausen, Kleine Junkerstraße 1. 2587

Prima große Futterschweine bis 50 Pfd. schwer, verk. preisw. Erich Wendt, M.-Fermersleben, Merkensstraße 50. Tel. 7339.

Schäferhund 10 Wch. alt, z. vk. Inspektoret, Cracau, Potsdamer Str. 7. 2585

Wer wandern will
28 Ausflüge in die Umgebung Magdeburgs
Nach eignen Wandrungen geschildert und mit Kartenskizzen versehen von F. Helmberger
Preis Mk. 2.40 empfiehlt
Buchhandlung Volksstimme

Schiffbauer
für Holzarbeit sucht
Lindener Schiffswerft, G. m. b. H.
Linden 2 bei Hannover. M 296

Händler, Kaufleute, Hausierer
erhalten die täglich begehrten Gebrauchsartikel zu äußerst billigsten Engros-Preisen. Lagerbesuch lohnend. — Kein Kaufzwang. —
Rudolf Thiel,
Hasselbachstraße 6
1 Minute vom Hauptbahnhof.
2500 — Fernruf 8221. —

Warzen
Spezialmittel
Hof-Apotheke
Breiteweg Nr. 158, am Ulrichsbogen. 1360

Klapp- u. Kinderwagen verk. Brecht, Braunschweig. St. 99, I.

Arbeitsmarkt
Städtisches Arbeitsamt
Vermittlungsstelle für Hausangestellte
Breiteweg 86, I. Fernruf 7786.
Gesucht werden:
120 Mädchen für alle Arbeit mit und ohne Kochkenntnisse,
10 gewandte Hausmädchen,
10 perfekte Köchinnen,
1 Wirtschafterin für Privat- und Gutshaushalt. 135
Vermittlung kostenlos.

Suche zu sofort ein **Mädchen.** Fr. Lauenroth, Gr.-Santersleben.

Homöopath. Praxis Maaßen
Prälatenstr. 14, 2 Tr., Ecke Himmelreichstraße. 1368
Sprechstd. 9 bis 4, Sonntags 9 bis 11 Uhr. (Donnerstags keine Sprechstunde).
Harnuntersuchung.

Homöop. Praxis
nach Dr. Wilh. Schwabe.
Innere und äußere Krankheiten.
Gewissenhafte Behandlung.
H. Altmann jun., Oranienstraße 4, Ecke Bahnhofstr., 3 Min. vom Hauptbhf. Sprst. 9-1, 3-6. Stg. 9-1. 2137

CORNUCOLL
HOF-APOTHEKE
BREITEWEG 158

Kopfläuse
samt Brut
vernichtet Kosekt
doppeltstark — geruchlos
Hofapotheke
1360 Breiteweg 158.

Erdal Schuhputz

schwarz / gelb / braun / rotbraun
Alleinhersteller: Werner & Mertz, Mainz

Zurückgekehrt ist
San.-Rat Dr. Theuerkauf

Schreibmaschinen-
1328 Reparaturen
Verkauf — Miete — Ankauf aller Büro-Hilfsmaschinen.
Ludwig Haase, Magdeburg
Schwibbogen :: Tel. 2071.

Verreist bis Mitte Juli
Frauenärztin E22
Dr. Wolters
Alte Ulrichstraße 15.

1 Obstwagen, 1 Wachhund, 1 Landbrotwagen zu verkaufen. Otto Anger, Biederitz, Schulstraße 4. 2576

Mücken-Plage
Schutzmittel gegen Mücken und Stechfliegen
Hof-Apotheke
Breiteweg 158.